

# Politische Berichte

**Zeitschrift für sozialistische Politik**



- *Der Aufschwung – immer noch weitgehend vom Export getragen – S. 5*
- *Die Front „Greater Middle East“ weitet sich aus: Kriegsschauplatz Algerien – S. 8*
- *Freiburg: Ein anderer Haushalt 2007/08 ist möglich – S. 12*
- *Der Kampf vor Bayer-Tor 1 war und ist nicht umsonst – S. 15*
- *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt: das moderne Dienstmädchenproblem – S. 19*

**Ausgabe Nr. 8 am 19. April 2007, Preis 1,80 €**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung  
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

**Herausgegeben vom:** Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - **Alfred Küstler**, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €. Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Schäuble will mit dem Ausnahmezustand regieren

**Welt, 15.4. scc.** Kaum eine Woche vergeht, in der nicht Bundesinnenminister Schäuble mit neuen Gesetzesvorhaben von sich reden macht: europaweiter Austausch von Fingerabdrücken und DNA-Tests; Speicherung von Passbildern und biometrischen Daten nicht nur im Chip des Reisepasses, sondern auch bei den Meldeämtern; Rasterfahndungen durch Zugriff des BKA auf Datenbanken; heimliche Online-Durchsuchungen von Computern; Verwendung von Daten aus der LKW-Maut zur „Verbrechensbekämpfung“ ... Würden die Pläne umgesetzt, wird Deutschland zu einem Präventions- und Sicherheitsstaat, der sich als Freiheits- und Rechtsstaat verabschiedet, so der Deutsche Anwaltverein, der die Vorhaben als Aushebelung des Grundgesetzes geißelt. Erst die Gesichtsbilder, dann die Zeigefinger, als nächstes die ganze Hand, schließlich der ganze Körper aller Bürgerinnen und Bürger, warnt der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte vor den geplanten Maßnahmen, mit denen die gesamte Bevölkerung als potenzielle künftige Straftäter behandelt würden. – Die von Schäuble betriebene Entgrenzung staatlicher Verfügungsgewalt über die Person und deren Entrechtung hat System. Sie folgt der Logik des Ausnahmezustandes. Dass sich die BRD de facto im Ausnahmezustand befindet, vertritt Schäuble ausdrücklich. In einer Rede vom 8.12.06 hatte er – damals ging es um die Forderung nach Einsatz der Bundeswehr im Innern – ausgeführt: Die Uno habe die Angriffe vom „11.9.“ als Verteidigungsfall gekennzeichnet, die Nato darauf zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 ausgerufen, in dem man sich immer noch befindet.

Aber jahrelange Steuerausfälle in zweistelliger Millionenhöhe könne Bremen nicht hinnehmen. „Mit mir als Bürgermeister wird Bremen dieser Unternehmenssteuerreform so nicht zustimmen.“ Eine Ablehnung durch den rot-roten Berliner Senat im Bundesrat gilt ohnehin als sicher, die SPD in Schleswig-Holstein hat sich bisher auch negativ geäußert. Damit könnte die FDP in NRW, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zum Zünglein an der Waage werden, wenn es um die Frage geht, ob der Bundesrat der geplanten Steuersenkung am Ende zustimmt oder nicht. Zusammen kommen die acht Bundesländer auf 37 der 69 Stimmen im Bundesrat.

## Zuzugsdebatte – diesmal durch die Union

**Handelsblatt, 13.-15.4. rüL** Nachdem vor Jahren SPD-Kanzler Schröder mit seiner Forderung noch Greencards für ausländische Fachkräfte noch heftigen Widerspruch seitens der Union erntete (der jetzige NRW-Ministerpräsident Rüttgers tourte damals durch die Lande mit der Forderung „Kinder statt Kinder“) hat nun die Union eine neue Debatte angezettelt. Den Auftakt machte Wirtschaftsminister Glos mit der Forderung, „in der Europäischen Union für bestimmte Gruppen die Freizügigkeit schon vorzuziehen“, um so den wachsenden Klagen der Industrie über Fachkräftemangel, u.a. bei Ingenieuren, nachzugeben. Im Zuge der EU-Osterweiterung hatten sich sowohl die alte wie die neue Bundesregierung bisher gegen eine Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsländern ausgesprochen, angeblich zum Schutz vor Sozialdumping. Diese Regelung wurde 2006 von Deutschland, Österreich und wenigen anderen EU-Ländern um weitere drei Jahre verlängert und kann zum 1. Mai 2009, also im nächsten Bundestagswahljahr, letztmalig um zwei Jahre verlängert werden. Die skandinavischen Länder, Großbritannien, Irland und andere EU-Staaten lassen Arbeitskräfte aus Polen und den anderen osteuropäischen Staaten schon jetzt frei einreisen und Arbeit aufnehmen. Zudem macht sich in Industriekreisen eine wachsende Sorge breit über eine schlechte Migrationsbilanz bei akademischen Fachkräften. Bei der Einwanderung akademischer Fachkräfte (gemessen in % aller Hochschulabsolventen) ist Deutschland im Vergleich mit den OECD-Ländern Schweiz, Australien, Kanada, Österreich, Schweden, Norwegen, Frankreich und den USA mit 2,7% Einwanderungsrate Schlusslicht. Bei der Auswanderung dagegen übertreffen nur die kleinen Länder Österreich (13,8% Aus-

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Unternehmenssteuerreform – entscheidet die FDP?

**Tagesspiegel, 15.4. rüL** Im Streit um die Unternehmenssteuerreform mehren sich die Anzeichen, dass am Ende womöglich die FDP über das Zustandekommen oder Scheitern der Reform entscheiden könnte. Nachdem vor einigen Tagen bereits der brandenburgische Ministerpräsident Platzeck (SPD) verkündet hatte, seine Regierung werde im Bundesrat der von SPD-Finanzminister Steinbrück und Hessens CDU-Regierungschef Koch geplanten Entlastung in der vorliegenden Form nicht zustimmen, weil das Land solche Steuerausfälle nicht verkraften könne, hat sich nun auch der Bremer SPD-Regierungschef Böhrnsen ablehnend geäußert. Er unterstützt zwar das Ziel, ein modernes Unternehmenssteuerrecht zu schaffen.

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-verlage.com](http://www.gnn-verlage.com)

wanderungsrate) und die Schweiz (10,8%) die Bundesrepublik. 8,9 Prozent aller deutschen Hochschulabsolventen suchen sich derzeit im Ausland einen Job, gegenüber 0,7% in den USA, 2,4% in Australien oder 4,4% in Frankreich. Die Regierung überlegt deshalb, auch für Zuzüge aus Nicht-EU-Ländern die Sperren zu lockern. Bisher werden solche Zuzüge nur genehmigt, wenn jemand mindestens 85.000 Euro brutto im Jahr verdient. Diese Verdienstgrenze will die Union auf 60.000 Euro senken. SPD-Arbeitsminister Müntefering lehnt dies bisher ab, es gebe genug arbeitslose Fachkräfte im Land.

## Deutschland sahnt beim EU-Strukturfond ab

*ap. 14.4. hav.* Deutschland ist nach dem neuen Regionalförderprogramm der EU der viertgrößte Empfänger von Mitteln aus dem so genannten Strukturfonds. Für deutsche Regionen stünden für die Jahre 2007 bis 2013 rund 26 Milliarden Euro zur Verfügung, erklärte die zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner vor Journalisten. Dies sei die größte Summe nach Polen, Spanien und Italien. Dass die Bundesrepublik in der Rangfolge der 27 EU-Staaten so weit vorn steht, ist in erster Linie auf die Bevölkerungsstärke zurückzuführen. Die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und den einzelnen Bundesländern über die konkreten Förderprojekte stehen kurz vor dem Abschluss. Der nationale Förderplan für Deutschland soll am 9. Mai, dem Europatag, bei einer Feier im bayerischen Hof unterzeichnet werden, wie das Bundeswirtschaftsministerium am Freitag mitteilte. Die Zeremonie in Hof nahe der tschechischen Grenze sei zugleich Startschuss für die neue Förderperiode in ganz Europa, erklärte der zuständige Staatssekretär Joachim Würmeling. Für die gesamte EU stehen in den kommenden sechs Jahren 350 Milliarden Euro an Strukturbihilfen zur Verfügung.

## EU richtet Grenzschutztruppe ein

*ap. 12.04. hav.* Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments hat den Weg zur Schaffung einer schnellen Grenzschutz-Eingreiftruppe der EU freigemacht. Die Truppe werde eine „strategische Reserve an qualifiziertem Personal“ darstellen, die den Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung von Flüchtlingskrisen helfen könne, sagte der belgische EU-Parlamentarier Gerard Deprez. Den Plänen zufolge sollen die Einheiten innerhalb von zehn Tagen nach der Anfrage eines EU-Staats entsandt werden können. Wie viele Grenzschützer die EU-Staaten für die geplante Truppe bereitstellen sollen, lassen die Pläne offen. Dies soll das Direktorium der EU-Grenzbehörde Frontex ent-

scheiden. In früheren Entwürfen war Deprez zufolge von 250 bis 500 Mann die Rede gewesen. Die Pläne sollen noch diesen Monat vom Plenum des Europäischen Parlaments und im Juni von den EU-Innenministern verabschiedet werden.

## EU: Kanadas Ölreserven im Blick

*FrOnline. 12.4. hav.* Die Botschafter der EU-Staaten in Ottawa haben in einem internen Positionspapier an ihre Regierungen die Bedeutung Kanadas in der globalen Energiepolitik betont. Sie empfehlen einen langfristig angelegten „energiepolitischen Dialog“ mit dem Land. Grund ist der Öl- und Erdgasreichtum der Nordamerikaner, die nach Saudi-Arabien die zweitgrößten Ölreserven besitzen. Wie der deutsche Botschafter in Kanada, Matthias Höpfner, bestätigte, stellen die Diplomaten das Land als wichtigen Akteur auf den Gebieten Öl, Gas und erneuerbare Energien dar. Energie, Energieeffizienz sowie Zusammenarbeit in Forschung und Umweltschutz dürften beim europäisch-kanadischen Gipfel, der vor dem G8-Gipfel im Juni stattfinden soll, eine wichtige Rolle spielen. Kanadas Öl- und Gasexporte gehen fast ausschließlich in die USA – geostrategisch sind sie bedeutend, weil dies die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von anderen Importen mindert und den Weltmarkt entlastet. Beobachter in Ottawa weisen darauf hin, dass durch Pipelinebau und Klimawandel langfristig Europa direkt von Kanadas Energiequellen profitieren könnte. Sollte die Hudson Bay in wenigen Jahrzehnten viele Monate im Jahr eisfrei sein, könnte der Transport von Öl oder Flüssigerdgas aus der Arktis nach Europa interessant werden.

## Oettinger hat's probiert...

*alk.* Hans Filbinger, bei dessen Beerddung der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger eine Geschichtsumdeutung probierte, stand für die Brücke zwischen den Bürgerlich-Konservativen und den extremen Nationalisten. Rechtskatholisch sozialisiert, fand Filbinger früh Gefallen an dem nationalsozialistischen Führerstaat. Mag sein, dass er wie viele Bürgerliche dachte, die Gewalt- und Kriegsbereitschaft der Nazis lasse sich einspannen. Auch nachdem er als Ministerpräsident wegen seiner Taten als Marinerichter zurücktreten musste, bzw. noch mehr, weil er die Todesurteile gegen Deserteure immer noch für Recht ansah, pflegte Filbinger im von

ihm geleiteten Studienzentrum Weikersheim die Beziehungen von Konservativen zu Rechten und Rechtsextremen. Das Verbindende für ihn waren Staat und Nation; graduell sind da die Übergänge von der Überhöhung bis zur Hemmungslosigkeit und Gewaltbereitschaft. In diese Traditionslinie ist Günter Oettinger eingestiegen; man darf vermuten, dass es nicht versehentlich geschah. Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete, er hätte von seinen drei Redenschreibern jenen ausgesucht, der den Internetauftritt von Filbinger getextet hat. Oettingers Pflege der Beziehungen zu studentischen Verbindungen ist ebenfalls ein Indiz dafür, dass er das Rechtsaußenlager zumindest für benutzt hält. Die CDU-Vorsitzende, aus welchen Gründen auch immer, hat jetzt erst einmal deutlich gemacht, dass sie dieser Linie nicht folgen will. Reaktionen in der CDU lassen zweifeln, dass damit die Brücken von Konservativen zu Rechten dauerhaft eingerissen sind.



## Hochsee

*FAZ 16.4. maf.* In diesen Tagen wird sich herausstellen, „wer aus dem vielfachen Millioneneinsatz sportlichen Profit schlägt und wer ihn auf Nimmerwiedersehen in den Fluten versenkt“. So Michael Ashelm im Sportteil der FAZ über den America's Cup der Hochsee-Yachten. Ralph Dommermuth, der seinen Profit aus dem IT-Massengeschäft (1 & 1, gmx, web.de) zieht, ist wieder mit dabei. Dommermuth scheint ein Mann zu sein, der nicht aufhören kann. Der durch diesen Unternehmer seit 2005 „versenkte“ Betrag dürfte langsam die 100-Millionen-Euro-Grenze erreichen. Dommermuth begründete den Misserfolg 2005 damit, dass man versäumt hätte, einen erfahrenen Segler anzuheuern. 2006 kam es noch im Hafen zu schweren Unfällen. Inzwischen fährt man ein neues Schiff, es scheint immerhin stabil zu sein. Aber vielleicht lässt es sich nicht richtig steuern. Einem Zusammenstoß mit den italienischen Schiff +31, führte bei den Italienern zum Mastbruch. Die Deutschland 1 wurde vom Kampfgericht bestraft. — Mit Dommermuth sehen wir einen Mann am Werke, der sich dadurch aufplustert, dass er von ihm leicht verdientes und von anderen schwer erarbeitetes Geld versenkt.

*Zusammenstellung: alk*

# Der Aufschwung – immer noch weitgehend vom Export getragen

## Korrektur von falschen Bildern

In der Zunft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sind derzeit allerhand „Bilderkorrekturen“ angesagt. Die Theorien vom asiatischen Despotismus oder vom ewigen Hungerleiderland Indien (auch bekannt als Theorie der wirtschaftlichen Stagnation Asiens wegen fehlender protestantischer Ethik und davon getriebenem wagemutigen Unternehmertum) ist ohnehin schon vor einiger Zeit in verstaubte Aktenregale zurück befördert und da inzwischen vermutlich gut versteckt worden.

Jetzt muss anscheinend auch die Theorie von der „Wachstumslokomotive USA“ entsorgt werden. Beliebt und geschätzt war sie insbesondere bei Anhängern der so genannten „Angebottentheorie“ eines Milton Friedman und seit Ende der 70er Jahre, dem Regierungsantritt Ronald Reagans, beinahe ein wirtschaftswissenschaftlicher Dauerbrenner. Jetzt aber passt die Entwicklung der USA irgendwie nicht mehr so richtig ins konservative Weltbild. Der gesetzliche Mindestlohn in den USA etwa wird gerade vom US-Kongress auf ein Niveau gehoben, das hierzulande bei Leuten wie Wirtschaftsminister Glos oder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vermutlich Herzrhythmusstörungen auslösen würde. Und die enormen Probleme, die US-Industriekonzerne mit ihren betrieblichen Pensionslasten haben, passen so gar nicht zu der hierzulande immer weiter getriebenen Poli-

tik der Senkung der gesetzlichen Rente und des ständig weiter gehenden Ausbaus privater Renten- und Lebensversicherungen.

Nicht anders geht es in Theorie und Praxis mit dem Bild von der „Euroskerose“. Das Bild vom „verknöcherten“, zu Innovation und Wachstum unfähigen, überbürokratisierten und überreglementierten Europa geistert ähnlich wie das von der Wachstumslokomotive USA seit etwa dreißig Jahren durch alle Gazetten, politische und wirtschaftliche Studien und Diskurse. Und jetzt? Für 2007 erwarten unisono alle wirtschaftswissenschaftlichen Institute, dass das industrielle und wirtschaftliche Wachstum Europas das der USA deutlich übertreffen wird – nicht nur in ohnehin prosperierenden Gebieten wie Irland, Skandinavien, Spanien oder im rasch wachsenden Osteuropa, sondern auch in den Kernzonen der „alten“ EU, also in Deutschland, den Benelux-Ländern und Frankreich. Entsprechend steigt der Kurs des Euro langsam, aber stetig gegenüber dem Dollar.

## Langfristszenarien: Aufstieg der „BRIC-Länder“

Weitere Korrekturen könnten folgen. Die Langfristszenarien amerikanischer Investmenthäuser etwa sagen nicht nur ein weiteres Aufholen der Mittelmeerlande wie Spanien und der mittel- und osteuropäischen neuen EU-Mitgliedsländer auf das Niveau des europäischen Kerngebiete voraus, sondern auch einen

weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Brasiliens, Russlands, Indiens und Chinas (zusammen als sog. „BRIC-Länder“ inzwischen ein fester Begriff in der internationalen Wirtschaftsdiskussion). Das US-Investmenthaus Goldman Sachs etwa erwartet für 2050, dass die wirtschaftliche Leistungskraft Chinas dann das Bruttoinlandprodukt der USA um ein Viertel übertrifft (44,5 zu 35,2 Billionen US-Dollar), dass Indien nach den USA zur drittstärksten globalen Wirtschaftsmacht aufgestiegen ist und dass das derzeit meist nur als Gas- und Öllieferant eingestufte Russland einen Anstieg der wirtschaftlichen Leistung (BIP) auf beinahe 50.000 Dollar pro Kopf der Bevölkerung erreicht hat, gerechnet in Preisen von 2003. Nach den Prognosen von Goldman Sachs entspricht das der dann in ganz Westeuropa, also der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, der Benelux-Länder, Italiens, Spaniens, Portugals, der skandinavischen Länder usw. erreichten Pro-Kopf-Produktion. Russland hätte dann also – nicht absolut, aber in der Pro-Kopf-Produktion von Gütern und Dienstleistungen – mit Westeuropa gleichgezogen. Dass ein solcher wirtschaftlicher Aufstieg Russlands auch das gesamte Ost-West-Wirtschafts-Gefüge in Europa über den Haufen werfen würde, ganz zu schweigen von lange gepflegten Vorurteilen wie dem von der angeblich ewig maroden „russischen Wirtschaft“, versteht sich beinahe von selbst.

## Konjunktur-Notizen

### Eine frohe Botschaft

Alles wird gut. Das ist die zentrale Botschaft des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die nächsten zwei Jahre. Trotz der nervösen Zuckungen an den Finanzmärkten kann die Weltwirtschaft 2007 und 2008 mit einem robusten Wachstum von fast fünf Prozent rechnen, schreibt der IWF in seinem halbjährlichen Konjunkturausblick. Und Deutschland ist von einem kranken Mann zu einer Stütze der Weltkonjunktur geworden....

Das klingt fast zu schön, um wahr zu sein. Hat der IWF doch in den letzten Jahren immer wieder vor globalen Ungleichgewichten, Ölpreisschocks, US-Defiziten und Euroskerose gewarnt. Auch diesmal weist er auf die Risiken und Unwägbarkeiten hin, die das optimistische Szenario zunichte machen könnten. An vorderster Stelle tauchen die üblichen Verdächtigen auf: Ein Im-

mobiliencrash in den USA, eine Krise an den Finanzmärkten, eine weltweite Inflation und die immer noch bestehenden globalen Ungleichgewichte in den Handels- und Zahlungsbilanzen ...

Die einstige Konjunkturlokomotive USA wird jetzt von Europa und Asien gezogen. Der alte Spruch, wonach der Rest der Welt auf Intensivstation liegt, wenn Amerika hustet, gilt heute nicht mehr. Das hat vor allem damit zu tun, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den USA aus dem Immobiliensektor kommen. Die Baubranche ist zwar eine Achillesferse für die amerikanische Binnenkonjunktur, für das Wohl der Weltwirtschaft ist sie aber kaum relevant. Erst wenn die Krise am Bau den Rest der US-Wirtschaft in die Rezession reißt oder die Probleme auf dem Hypothekenmarkt auf die internationalen Finanzmärkte übergreifen, könnte es gefährlich werden ...

Dass die Weltwirtschaft heute große Korrekturen auf dem US-Immobilien-

markt wegstecken kann, ist auch der Globalisierung zu verdanken. Die weltweite Öffnung der Güter- und Kapitalmärkte hat dazu geführt, dass sich die Weltkonjunktur auf mehrere Wachstumsregionen stützen kann. China und Indien boomen, in den reichen arabischen Ölländern vollzieht sich fast unbemerkt ein Wirtschaftswunder, Europa ist wiedererstanden.

(*Handelsblatt*, 12.4.07)

### Die Weltwirtschaft brummt

2007 erwartet der IWF in den USA ein Wachstum von 2,2 Prozent gegenüber 3,3 Prozent im Vorjahr. Im Euroraum ist das Plus von 2,3 Prozent vor allem auf die wachsende Binnennachfrage zurückzuführen. ... Für China rechnet der IWF im laufenden Jahr mit einem leicht abgeschwächten Wachstum von 10 Prozent (2006: 10,7 Prozent), für Indien 8,4 Prozent (2006: 9,2%).

(*Handelsblatt*, 12.4.07)

## Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft

Was das mit dem hierzulande zu beobachtenden wirtschaftlichen Aufschwung zu tun hat? Vermutlich viel. Der anhaltende wirtschaftliche Aufholprozess in Südeuropa – insbesondere in Spanien – und das seit Ende der 90er Jahre festzustellende, nach dem EU-Beitritt eher noch beschleunigte wirtschaftliche Wachstum in Mittel- und Osteuropa haben der deutschen Industrie nicht nur Konkurrenten, sondern auch „direkt vor der Haustür“ einen schnell wachsenden Absatzmarkt geschaffen – zum Beispiel für Maschinenbau-Produkte, aber auch für PKWs. Die Industrialisierung Osteuropas, Russlands, Chinas, Indiens usw. erfordert einen enormen Ausbau der Energieproduktion – und beschert der Kraftwerksindustrie, der Elektroindustrie und anderen Branchen eine Auslastung wie schon lange nicht mehr. Wachsende Industrie bedeutet auch wachsenden Warenaustausch – nach innen und außen. Eine boomende LKW-Branche, ein steiler Anstieg der weltweiten Flugzeugfertigung und ein Wiederaufkommen der schon mehrfach totgesagten – und hierzulande auch tatsächlich weitgehend stillgelegten – Werftindustrie sind die Folge.

Hinzu kommt: Die USA waren und sind auch heute noch führend insbesondere in Bereichen der „modernen“ und „neuen“ Industrien wie z.B. der so genannten „IUK“ (Informations- und Kommunikationstechnik) und – wenngleich nachlassend – im Pharmage schäft. Im Bereich der „traditionellen“ Industrie dagegen sind US-Konzerne offenbar weltweit zurück gefallen, z.T. sogar in einer schweren Krise. Krisen

wie bei Chrysler, der US-Automobil konzerne generell, aber auch die sinkende Bedeutung von US-Chemiekonzernen wie DuPont auf dem Weltmarkt sind dafür Indizien. Ein großer Teil der Technologieentwicklung in den USA war und ist schon lange durch staatliche (Rüstungs-) Aufträge angetrieben. Rüstungsprodukte aber taugen nicht – oder nicht immer – für den Export. Folglich wächst das US-Handelsdefizit auf immer neue Höhen und sinkt der Einfluss amerikanischer Konzerne auf dem Weltmarkt.

Die deutschen Industriekonzerne dagegen haben in den vergangenen Jahren nicht nur enorm rationalisiert, ihre Belegschaften extrem ausgedünnt und verjüngt und so viel wie nur irgend möglich „outgesourct“. Sie haben sich vor allem auch einen relativ breiten Mix quer durch alle industriellen Branchen bewahrt – von der Werkzeugfertigung und dem eher traditionellen Kraftwerks- und Maschinenbaus sektor über die Automobil-, Chemie- und Luftfahrtindustrie bis hin zu modernen Branchen wie der Windkraftindustrie und der Fertigung von Solaranlagen. Dieser eher breite industrielle Mix, verbunden mit einem europaweit vermutlich einmaligen jahrelangen Sinken der Lohnstückkosten, hat vermutlich den Boden bereitet für den derzeit zu beobachtenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Insofern dürfte Westerwelle schon Recht haben, wenn er im Bundestag bei jeder Debatte über die wirtschaftliche Entwicklung darauf besteht, dass die Bundesregierung vermutlich von allen möglichen Einflussfaktoren am allerwenigsten beanspruchen darf, ursächlich für den derzeitigen Wirtschaftsauf-

schwung zu sein. Hauptfaktor für den Aufschwung der deutschen Wirtschaft dürfte die in allen europäischen Nachbarländern, aber auch weltweit anhaltend hohe Nachfrage nach Industriegütern aller Art, vor allem aber nach Investitionsgütern sein.

## EU wächst schneller als die USA

Solange die Industrialisierung in Indien, China, Russland, in Süd-, Mittel- und Osteuropa fortschreitet, hat die deutsche – und mit ihr vermutlich auch die europäische – Industrie hier einen ständig wachsenden Markt. Und diese anhaltende Nachfrage – vor allem Asiens, d.h. von China, Indien, Russland, aber auch von anderen Staaten – nach Industriegütern, nach Investitionsgütern, und die in diesem Bereich bestehende industrielle Breite von ganz Westeuropa, verglichen mit den USA, ist vermutlich auch der Grund, warum die Theorien von der „Wachstumsmotor USA“ auf der anderen Seite auf einmal in den Hintergrund geschoben werden, schlicht nicht mehr passen. Die Wirtschaft der Europäischen Union wächst – zum ersten Mal seit langem, aber vermutlich auch in den nächsten Jahren – stärker als in den USA.

Gleichzeitig hat die forschreitende Industrialisierung vor allem Asiens offenbar schon jetzt die weltwirtschaftlichen Gewichte so verschoben, dass auch internationale Einrichtungen wie der IWF inzwischen zunehmend von „mehreren Zentren“ der Weltwirtschaft sprechen. Das Entstehen mehrerer Zentren der globalen Wirtschaft bedeutet aber auch, dass sich industrielle Zyklen, klassische Konjunkturzyklen, gegenseitig ausgleichen können. Ein nachlas-

## EZB lässt Leitzins unverändert

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Leitzins unverändert bei 3,75 Prozent belassen, aber erneut vor Risiken für die Preisstabilität gewarnt.  
(*Handelsblatt*, 13.4.07)

Institute und EU-Kommission erwarten stetiges Wachstum in der Euro-Zone  
Die Wachstumsaussichten für die Euro-Zone sind nach Einschätzung der EU-Kommission und von drei Forschungsinstituten weiterhin gut. Das zeigten gestern aktualisierte Prognosen bis zum dritten Quartal. ... Die drei Institute rechnen mit einer weiterhin robusten Ausweitung der Investitionen und einer Belebung beim privaten Konsum ...

Berücksichtigt man die unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen, wuchs die Wirtschaft in der Euro-Zone 2006 um 2,8 Prozent und die deutsche um 2,9 Prozent. In der gesamten EU betrug das Wachstum ohne Kalenderbereinigung 2,9 Prozent und mit Bereinigung 3 Pro-

zent ... Die Stärke der deutschen Wirtschaft lag im vergangenen Jahr im Vergleich zu den anderen Euro-Ländern vor allem im Export ... Beim privaten Konsum war das Plus dagegen trotz der Vorzieheffekte wegen der Steuererhöhung niedriger. Insbesondere Spanien schnitt beim Konsum und bei den Investitionen besser ab ... In den Niederlanden nahmen die Investitionen sogar in allen vier Vierteljahren kräftiger zu als in Euroland.  
(*Handelsblatt*, 13.4.07)

Private Konsum vor Wiederaufstieg  
Der Konsum wird nach Einschätzung des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs (HWI) und der Volkswirte der Dresdner Bank zu einer wesentlichen Wachstumsstütze. „Die deutsche Konjunktur steht endlich wieder auf zwei Beinen“, sagte der Chefvolkswirt von Allianz und Dresdner Bank, Michael Heise, in Frankfurt. Thomas Straubhaar, Direktor des im April 2005 ge-

gründeten HWI, sagte in Hamburg, „wir haben einen Stabchsel festgestellt.“ Das HWI prognostiziert für dieses Jahr 0,5 Prozent und im nächsten Jahr 1,5 Prozent höhere Konsumausgaben der Haushalte. Außerdem werde der Staatskonsum durch die wachsenden Steuereinnahmen belebt ... Gleichzeitig dürfte die Arbeitslosenzahl bereits dieses Jahr deutlich unter die Vier-Millionen Marke fallen ... Beim Wachstum zeichnet sich den Prognosen zufolge immer mehr eine Zwei vor dem Komma ab.  
(*Handelsblatt*, 13.4.07)

## Tempo der Globalisierung nimmt ab

Die Globalisierung wird ihr Tempo leicht vermindern: Nach einem robusten Wachstum des globalen Warenaustausches in 2006 steht der Welthandel in diesem Jahr vor einer leichten Abschwächung. Diese Prognose veröffentlichte die Welthandelsorganisation (WTO) gestern in Genf. ... Die WTO geht

sender Boom in den USA kann dann – und wird das vermutlich auch schon – ausgeglichen werden durch anhaltendes Wachstum in China, Indien und anderswo.

Die Folge ist: Industriekonzerne in Europa, die diese Märkte beliefern, können mit längerfristig wachsender weltweiter Nachfrage kalkulieren – und tun das offenbar auch. Dass auch andere das so sehen, z.B. internationale Investoren, arabische Banken, die chinesische Staatsbank usw., darauf deutet der anhaltende Anstieg des Euro hin. Große internationale Vermögen werden umgeschichtet, z.T. sicher zur Risikostreuung, weg allein von Dollar-Anlagen, aber auch, weil alle Welt in nächster Zeit ein weiteres Wachsen der europäischen Wirtschaft, stärker vermutlich als in den USA, erwartet.

#### Binnenkonjunktur? Das entscheidet sich an der Lohnfront

Wie „robust“ und langanhaltend der aktuelle Aufschwung am Ende sein wird, bleibt abzuwarten. Derzeit scheint keines der üblichen „Probleme“ den Aufschwung trüben zu können – weder der steigende Ölpreis noch der steigende Eurokurs, und auch nicht die in letzter Zeit wieder leicht anziehenden Zinsen. Im Gegenteil: Alle 30 im Aktienindex Dax registrierten großen deutschen Konzerne zusammen realisierten im letzten Jahr Gewinne, die laut „Handelsblatt“ (16.2.07) 75 Prozent höher lagen als im letzten Boomjahr 2000. Die in diesem Jahr aus diesen Vorjahresgewinnen ausgeschütteten Dividenden übertreffen dementsprechend alles, was bisher bekannt war. Kein Wunder, dass die Aktienkurse inzwischen wieder beinahe wieder auf Allzeithoch notieren.

Gleichzeitig steigt auch wieder die Beschäftigung. Aber nicht in den industriellen Kernbereichen. Wer auf einen Anstieg der Beschäftigung im Bereich der gutbezahlten industriellen Facharbeit hofft, der dürfte sich irren. Alle Arbeitsmarktstatistiken weisen vielmehr darauf hin, dass der derzeit zu beobachtende Beschäftigungsanstieg fast vollständig auf wachsende Nachfrage im Bereich der Leiharbeit und in ebenfalls eher schlecht bezahlten Bereichen wie Dienstleistungen, Bau usw. zurück zu führen ist. Dass die Telekom derzeit versucht, fast 50.000 Service-Kräfte aus den alten Telekom-Tarifbereich auszgliedern und dabei laut Presseberichten an einer Senkung der Einstiegsgehälter im Servicebereich von derzeit 30.000 bis 34.000 Euro im Jahr auf künftig so etwa 24.000 Euro denkt, zeigt die Richtung, in der auch in den durch Flächentarife noch regulierten Kernbereichen der großen Industrie weiter geplant wird – nämlich nach unten.

Auch die sog. „neue Industrie“ – z.B. die vor allem in den neuen Bundesländern konzentrierte Solarindustrie, aber auch andere „Ökobranchen“, achtet sorgfältig darauf, sich Betriebsräte und den Einfluss von Tarifverträgen und Gewerkschaften so weit wie möglich vom Leib zu halten. In breiten Bereichen der ostdeutschen Solarindustrie, aber auch in anderen „neuen Branchen“ dürften im Fertigungsbereich Löhne von 5 bis 6 Euro pro Stunde keine Seltenheit, sondern eher die Regel sein. Die Vergütungen im Handwerk, im Baubereich, ganz zu schweigen von Bereichen wie Friseure, Floristen und Landwirtschaft, zeigen seit Jahren nach unten.

Mit anderen Worten: An der Lohnfront ist trotz wachsender Nachfrage

nach Arbeitskraft von Entspannung noch keine Rede. Eher dürfte das Gegenteil der Fall sein: Der Lohndruck gerade im Bereich der un- und angelernten Arbeit, in Handwerk, Dienstleistungsbranche und Bau, zeigt unverändert nach unten.

Indirekt geben das auch die Wirtschaftsinstitute zu, wenn sie auf der einen Seite einen Anstieg der Beschäftigung um bis zu 500.000 neue Jobs in diesem Jahr prognostizieren (bei einer Gesamt-Erwerbstätigenzahl von ca. 38 Millionen wäre das ein Anstieg um fast 1,5 Prozent), auf der anderen Seite aber immer noch auf ein „Anspringen der Binnenkonjunktur“ hoffen und für dieses Jahr einen Anstieg des Konsums um gerade 0,5 Prozent erwarten. 1,5 Prozent Beschäftigungsanstieg und 0,5% mehr Konsum – das zeigt doch, wohin der Hase bzw. die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt derzeit läuft.

Die Entscheidung, ob aus dem immer noch vorwiegend vom Export getragenen Aufschwung auch ein Anstieg der Binnenkonjunktur wird, fällt also vermutlich zum entscheidenden Teil in den schon begonnenen und noch anstehenden Lohnauseinandersetzungen – und im Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn.

Auf tariflichem Gebiet war der Abschluss in der Chemie dafür kein schlechter Auftakt. In den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob die IG Metall ihr Ziel – 4 Prozent plus X – gegen die Metallarbeitgeber durchsetzen kann. Die hohen Auftragsbestände der Industrie deuten darauf hin, dass die Konzerne jede Unterbrechung der Produktion fürchten. Aber eine Garantie für einen guten Abschluss ist das noch nicht.

rül

→ in ihrem Ausblick für 2007 von einem realen Wachstum des globalen Welthandels in Höhe von sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr aus. Im Jahr 2006 betrug das Plus noch acht Prozent. „Die größten Risiken für den Welthandel liegen in drei Bereichen“, sagte WTO-Chefökonom Patrick Low. Er nannte einen starken Einbruch auf den Immobilienmärkten, einen Anstieg der weltweiten Inflation und die Aussicht auf höhere Zinsen. „Zinssteigerungen könnten zu einer Korrektur auf den Aktien- und Bondmärkten führen und damit die Investitionen und den privaten Konsum abschwächen“, sagte Low.

... 2006 expandierte der Welthandel stärker als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Der Wert der exportierten Güter stieg laut WTO um 15 Prozent auf 11,8 Billionen US-Dollar an. Die Ausfuhren von Dienstleistungen wie Bankgeschäfte oder Rechtsberatung legten ein Plus von elf Prozent hin

und erreichten 2,7 Billionen Dollar. „Ein großer Teil dieser Beschleunigung ist auf die ausgeprägte Erholung des europäischen Handels zurückzuführen“, sagten WTO-Fachleute.

An der Spitze der Exportrangliste ... steht weiter Deutschland, gefolgt von den USA und China. ... Allerdings drängt China mit Macht auf die Spitzenposition im Warenexport. Seine Ausfuhren wuchsen 2006 um 27 Prozent. „Es wird nicht mehr lange dauern, bis die Chinesen Exportweltmeister sind“, sagte ein WTO-Experte. Auch die Entwicklungsländer profitierten insgesamt von der Globalisierung. Sie steigerten ihren Anteil am Weltexport auf 36 Prozent – ein Allzeithoch.

(*Handelsblatt*, 13.4.07)

#### Euro steigt auf Allzeithoch

Der Euro ist gegenüber dem Dollar auf den höchsten Stand seit zwei Jahren geklettert ... Die Finanzmärkte gehen davon aus, dass die Europäische Zentral-

bank im Juni erneut die Zinsen erhöhen wird und dass dies nicht der letzte Zins-schritt im Euroraum gewesen sein wird. Steigende Zinsen stärken den Außenwert der Gemeinschaftswährung und setzen dem ohnehin schwachen Dollar weiter zu.

(*Spiegel Online*, 13.4.07)

#### Noch mehr Aufschwung

Ein Ende des starken Aufschwungs in Deutschland ist nicht in Sicht. Mehrere Ökonomen erhöhten am Donnerstag ihre Konjunkturprognose für dieses Jahr. 2008 dürfte sich das Wachstum sogar auf 2,5 Prozent beschleunigen. Damit könnten mehr als 700.000 neue sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen, erwartet das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut. ... In einigen Regionen Süddeutschlands könne man bereits von Vollbeschäftigung sprechen, erklärte der Allianz-Chefökonom Michael Heise.

(*Der Tagesspiegel*, 13.4.07)

## **„Inakzeptabel“!**

Mit deutlichen Forderungen haben sich die Teilnehmer des 31. Strafverteidigertags hinter die Mindeststandards gestellt, die von der DVJJ und anderen Verbänden zum Jugendstrafvollzug formuliert worden sind. Kritik gab es für die bisher vorgelegten Referentenentwürfe der Bundesländer: „Sie geben allen Anlass zur Sorge“!

„Eine gesetzliche Grundlage für den Jugendstrafvollzug ist seit mehr als 30 Jahren überfällig“, heißt es zu Beginn der Resolution ... zum Jugendstrafvollzug, die zum Abschluss des Zusammentreffens in Rostock verabschiedet wurde. Anstatt weiter auf das in § 91 Abs. 1 JGG für den Jugendstrafvollzug formulierte Ziel, das künftige Legalverhalten der Gefangenen, hinzuarbeiten, würden in den Entwürfen der Länder andere Aufgaben, vorrangig die innere Sicherheit und der Rechtsfrieden, an die Spitze der Erwartungen gestellt. Dadurch werde „die soziale Integration als Vollzugsziel entwertet“.

Als Beispiele für „inakzeptable“ Gesetzesentwürfe werden die Bestrebungen der Bundesländer Baden-Württemberg und Thüringen benannt. Während die Landesregierung in Stuttgart plane, den bisherigen weltanschaulich neutralen Förderungsauftrag auf moralisierende Erziehungsgrundsätze zu reduzieren, unter anderem auf die Erziehung der jungen Gefangenen „in der Ehrfurcht vor Gott“ und „in der Liebe zu Volk und Heimat“ sehe der Entwurf aus Erfurt sogar die gemeinsame Unterbringung von jugendlichen und erwachsenen Straftätern vor. Andere Bundesländer wiederum planten, die bisher in § 92 Abs. 1 JGG geregelte Einrichtung von Jugendstrafvollzugsanstalten, die von den Anstalten für Erwachsene getrennt sein sollen, in Richtung von „besonderen Abteilungen innerhalb von Vollzugsanstalten für Erwachsene“ aufzuweichen.

Derartige Vorhaben lehnt das Plenum des Strafverteidigertages 2007 „entschieden ab“: Jugendstrafvollzugsanstalten seien weder Verwahr-, noch Moralanstalten, die den Gefangenen eine „Leitkultur“ aufzwingen dürfe. Im Gegenteil: Der Staat, der Jugendlichen und Heranwachsenden in der Phase ihrer Persönlichkeitsentwicklung die Freiheit nehme, habe eine besondere Verantwortung für ihre weitere Entwicklung. „Dieser wird er nur durch eine Vollzugsgestaltung gerecht, die konsequent auf Förderung ausgerichtet ist und die entwicklungsbedingte Bedürfnisse wie die gesteigerte Haftempfindlichkeit der Jugendlichen berücksichtigt“. Entsprechende Mindeststandards, wie der Jugendstrafvollzug nach

der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Mai 2006 ausgestaltet werden kann, habe die DVJJ formuliert, heißt es in der ... Resolution.

Als Kernforderungen wurden in Rostock sieben Eckpunkte formuliert:

1. Der Jugendstrafvollzug muss in einem eigenständigen Gesetz geregelt werden. Er ist kein Teilbereich des allgemeinen Strafvollzugs. Seine Besonderheiten erfordern eigenständige Jugendstrafvollzugsanstalten von geringer Größe und höherem Personalschlüssel. (...)

2. Nur durch die Förderung der Entwicklung der Jugendlichen und Heranwachsenden werden die Voraussetzungen für ein straffreies Leben geschaffen. Alleiniges Vollzugsziel muss deshalb die soziale Integration bleiben. (...)

3. Als Voraussetzung für das Gelingen der Integration sind weitgehende Mitwirkungsrechte des Gefangen notwendig. Eine allgemeine Pflicht zur Mitwirkung an der Resozialisierung, verbunden mit der Drohung von Disziplinarstrafen, darf nicht Gesetz werden. Sie schadet dem Vollzugsziel, indem Willkür und oberflächliche Scheinanpassung gefördert werden. Es muss einen Paradigmenwechsel im Jugendstrafvollzug geben, weg von einem repressiven Bestrafungssystem hin zur umfassenden Förderung der Motivation, z.B. durch ein Bonussystem.

4. Die Aufrechterhaltung von sozialen, familiären Bindungen ist bei Jugendlichen und Heranwachsenden von größter Bedeutung. Gefangene aus dem offenen Vollzug werden weniger häufig rückfällig als Gefangene aus dem geschlossenen Vollzug. Der offene Vollzug ist deshalb als Regelvollzugsform, geschlossener Vollzug nur als Ausnahme vorzusehen. Freie Vollzugsformen müssen zugelassen werden.

5. Gerade Jugendliche und Heranwachsende benötigen Schutz vor Übergriffen innerhalb der Anstalt. Dieser Schutz wird am besten gewährleistet durch das Recht auf eine Unterbringung in einem Einzelhaftraum.

6. Regelungen zur Sicherheit und Ordnung sind auf das Notwendigste zu reduzieren. Das Tragen und der Gebrauch von Waffen sowie die isolierende Einzelhaft verstößen gegen Regeln der UN zum Schutz von Jugendlichen unter Freiheitsentzug.

7. Zwingend erforderlich ist ein jugendgerechtes, einfaches Verfahren für den gerichtlichen Rechtsschutz gegen Vollzugsmaßnahmen, das zum Jugendrichter bzw. zur Jugendrichterin führt. Für den Fall, dass die Anstalt richterliche Entscheidungen zu Gunsten von Gefangenen nicht umsetzt, müssen Möglichkeiten der Zwangsvollstreckung ... vorgesehen werden.

*Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen, www.dvjj.de, aus Platzgründen leicht gekürzt*

## **Annäherung und Strategie der Einmischung**

ROM, März 2007 – Die offizielle Linie des Vatikan gegenüber der VR China lautet: Annäherung. Diese Annäherung ist allerdings verbunden mit strategischen Versuchen, die Patriotische Kirche Chinas, die sich 1957 als nationale, vom Papst unabhängige katholische Kirche gegründet hat, wieder für Rom zu gewinnen. Ein heftiger Konflikt-punkt ist die Praxis der Patriotischen Kirche, ohne päpstlichen Segen Bischöfe zu ernennen. Ein weiteres Thema, mit dessen Hilfe der Vatikan hofft, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen zu können, wurde jetzt angepackt: Die Nachgiebigkeit seitens der Patriotischen Kirche Chinas gegenüber der Regierung beim Thema Geburtenkontrolle sei eine „Manipulation des Evangeliums“, erklärte Professorin Raphaela Maria Schmid bei einer Studententagung in den Räumen der Pontificia Università della Santa Croce, der päpstlichen Universität vom „Heiligen Kreuz“ in Rom. Damit geht sie gegen die Ein-Kind-Politik an und möchte erreichen, dass die gläubigen Katholiken wieder so viele Kinder bekommen, wie es irgend geht. Die patriotische Kirche sei durch das Regime, insbesondere bei Themen wie der Geburtenkontrolle, „gezähmt“ worden und das Evangelium werde durch soziale Bedürfnisse verformt und manipuliert.

Bei der Veranstaltung, die das Thema: „Die religiöse Dimension der menschlichen Freiheit“ behandelte, kam Pater Bernardo Cervellera, Missionar des Päpstlichen Instituts für Auslandsmissionen und Direktor von „AsiaNews“, auf das Wachstum von religiösen Überzeugungen in der Volksrepublik China zu sprechen. Das „Phänomen der religiösen Renaissance“ in der kommunistischen Volksrepublik, also das Wiedererstehen des Religiösen, so schwärzte er vor seinen Zuhörern, habe vor allem die Schicht der Gebildeten erfaßt. Diese Entwicklung entlarve „definitiv den Mythos von einer aufklärungsfeindlichen Religion“.

Offensichtlich hat der Herr Missionar nicht verstanden, dass es hier eher um die für viele Chinesen typische pluralistische Haltung in religiösen Fragen geht. Viele in westlichen Firmen arbeitende Chinesen legen sich in ihrem Verhältnis zu Europäern z.B. westliche Namen zu und pflegen amerikanisch-europäischen zivilisatorischen Chic, knabbern Schokoladen-Osterhasen und Weihnachtsmänner ebenso, wie sie am Chinesischen Neujahr das Jahr 2007 als das Jahr des glückbringenden Schweins begangen haben. Karl-Helmut Lechner Quelle: Eigene Recherche und www.ZENIT.org

Die Front „Greater Middle East“ weitert sich aus

## Kriegsschauplatz Algerien

Nach zwei verheerenden Anschlägen auf den Sitz des algerischen Ministerpräsidenten und eine Polizeiwache, bei denen 24 Menschen getötet und über 200 verletzt wurden, bot die FAZ folgende Deutung an: „Nach den Anschlägen in Algerien und Marokko stellten die Urheber klar, worum es ihnen eigentlich geht. Die erklärten ‚Vasallen‘ Usama Bin Ladins ... nannten ... abermals ihr eigentliches Ziel: ‚Die Befreiung der islamischen Erde von Jerusalem bis nach Al Ándalus.‘ Sie suchten nicht nur die offene Auseinandersetzung mit den Regierungen in Tunesien, Marokko und Algerien, sondern drohten auch Europa, vor allem Spanien und Frankreich.<sup>1</sup> Bemerkenswerterweise findet sich das „eigentliche Ziel“, zu dem sich die Attentäter schriftlich bekannt haben sollen und das sie als Aggressoren in dem großen Konflikt des Westens mit der islamischen Welt identifizieren soll, nämlich die „Befreiung der islamischen Erde von Jerusalem bis nach Al Ándalus“, in keiner einzigen anderen deutschsprachigen Quelle. Doch nahezu überall ist davon die Rede, dass Europa nun stärker als je zuvor zum Ziel terroristischer Anschläge zu werden droht. „Wenn El Kaida in Algerien Fuß gefasst hat, dringt die Terrororganisation dann auch heimlich im großen Pulk der Migranten nach Spanien und Frankreich vor?“, schürt das *Handelsblatt* (13.4.) Bedrohungssängste, die den Kulturmampf mitten in Europa gefährlich anheizen.

Die gängigen Spekulationen über die Hintergründe der blutigen Anschläge „in Europas eigenem Hinterhof“ (*Handelsblatt*) verdecken die Ursachen und die Akteure der Konflikte eher, als dass sie sie aufklären.

Zum einen, das stellt die jüngst veröffentlichte Studie der Oxford Research Group in den Mittelpunkt, ist es der „Krieg gegen den Terror“, der den Terror forciert.<sup>2</sup> Die militärische Eskalation in Afghanistan und vor allem der Krieg gegen den Irak und die anhaltende Besatzung, die als „Krieg gegen den Terror“ legitimiert wird, dazu die Drohung der militärischen Eskalation des Konflikts um das iranische Nuklearprogramm hätten in der Region nur neuen Terrorismus hervorgerufen. Das tagtägliche wahllose Morden von Zivilisten – erst jüngst förderte eine Untersuchung zu Tage, dass US-Soldaten in Afghanistan nach einem Selbstmordattentat zehn unbeteiligte Zivilisten töteten und 33 verletzten – fördert den Hass und verschafft den Terrorgruppen Zulauf. Zahlreiche Nordafrikaner beteiligen

sich an den Kämpfen und Anschlägen in Irak und auch in Afghanistan.

Zum zweiten sind die USA im Zuge der Strategie des „Greater Middle East“ dabei, ein eigenes Einsatzführungskommando für Afrika – AFRICOM – einzurichten, das aus dem Euroa-Kommando (EUCOM) ausgegliedert wird und zunächst seinen Sitz in Stuttgart Möhringen, später dann in Nordafrika haben soll. Diesem Afrika-Kommando, das militärische und strategische Operationen in Afrika leitet<sup>3</sup>, werden die Aufgaben „Kampf gegen den Terror“ und Rohstoffsicherung zugeschrieben.



Werden uns Bilder wie diese ewig begleiten?

In der Sahel-Region werden im Rahmen der „Trans-Sahara-Initiative zur Terrorbekämpfung“ befriedete Regierungen mit Ausbildern und Millionen Dollars für Waffenimporte unterstützt.<sup>4</sup>

Hintergrund ist drittens die wachsende Bedeutung Nordafrikas als Rohstofflieferant. Gerade Algerien, dessen bisher kaum erschlossenen Gasreserven die fünfgrößten der Welt sind, verfolgt ehrgeizige Expansionspläne.<sup>5</sup> So sollen in den nächsten Jahren zwei Pipelines nach Almeria, Andalusien und Südalitalien gebaut werden. Jüngst hat die Regierung gigantische petrochemische Projekte ausgeschrieben. U.a. die Bundesrepublik hat durch Reisen von Außenminister Steinmeier und Wirtschaftsminister Glos ihr großes Interesse an verstärkter Kooperation angemeldet.

Viertens schließlich sind die Ursachen der bewaffneten Auseinandersetzungen, die Algerien in den 90er Jahren verheert hat, nicht beseitigt. Die Regierung hat im Februar letzten Jahres – nach einem Referendum, dessen Ergebnis vielfach als gefälscht gewertet wird – per Gesetz „Versöhnung“ dekretiert. Es dürfte sich als verhängnisvoll erweisen, dass sie darin fast bedingungslos durch den Westen unterstützt wurde, die damit Partei in einem ungelösten Konflikt sind. Die Ereignisse der großen Tragödie, in deren Verlauf bis zu 200.000 Menschen getötet wurden und bis zu 20.000 „verschwunden“ sind, sind nicht aufgearbeitet. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass einer der Hauptzwecke des Gesetzes gewesen sei, der großen Anzahl von Geheimdienstlern, die auf allen Seiten am Morden beteiligt waren, den Weg in die Straffreiheit und ein ziviles Leben zu ebnen. Die is-

lamistische Opposition wurde durch Angebot auf Straffreiheit für „Reumütige“ bei politischem Betätigungsverbot – sofern sie nicht direkt zugunsten der Regierung ausgeübt wird – größtenteils aufgerieben. Vor allem aber wurden die Angehörigen der Sicherheitskräfte, einschließlich der Milizen, die über einen Zeitraum von 15 Jahren gemordet, gefoltert, vergewaltigt haben und Menschen verschwinden ließen, vollständig amnestiert. Die meist vollständig verarmten Familien der „Verschwundenen“ bekommen eine staatliche Entschädigung nur dann, wenn sie unterschreiben, dass ihre „verschwundenen“ Angehörigen Terroristen waren. Gerade die Tatsache, dass das „Verschwinden“ von so vielen Menschen nicht aufgeklärt wird, hinterlässt allen Berichten zufolge tiefe Wunden. Tausende Männer, die in den 90er Jahren z.T. jahrelang in Lagern in der Wüste gefangen gehalten wurde, sind seither arbeitslos und erhalten keine Entschädigung.

Gleichzeitig mit der Amnestie wurde ein Gesetz erlassen, das Personen, die den „Staat schwächen“, „der Ehrenhaftigkeit seiner Bediensteten, die ihm würdevoll gedient haben, Schaden zufügen“ oder „das Bild Algeriens international trüben“, drei bis fünf Jahre Haft und hohe Geldstrafen androht, im Wiederholungsfall das Doppelte. Damit stehen alle Darstellungen der Ereignisse seit dem Putsch von 1992, die nicht mit den regierungsoffiziellen übereinstimmen, unter Strafe. Diese Keule wird ständig gegen Menschenrechtler geschwungen, die z.B. über die Folgen des Amnestiegesetzes berichten. Die Repressionsschraube wird seit Verabschiebung der Gesetze systematisch angezogen, „Verdächtige“ verschwinden monatelang in geheimen Haftzentren, wo sie gefoltert werden; Algeria-watch und Amnesty International melden in den letzten Monaten immer wieder besorgt die Zunahme von Verhaftungen und „Verschwinden“ lassen.<sup>6</sup>

Wenn der EU nichts anders einfällt als die militärische und polizeiliche Bekämpfung von Migration, die Unterstützung und Instrumentalisierung repressiver Regime und die als „Krieg gegen den Terror“ betriebene weitere Militarisierung der Außenpolitik, dann allerdings wird kaum zu verhindern sein, dass der Krieg auch auf europäisches Territorium getragen wird.

Christiane Schneider

1 Al Qaida: Die „Vasallen“ Bin Ladins bedrohen auch Europa, faz.net 13.4.

2 „Krieg gegen Terror“ forciert Terror, ND 12.4.

3 Dazu gehört etwa auch die Unterstützung der äthiopischen Intervention in Somalia.

4 USA richten Afrikakommando ein, ND, 8.2.07

5 Öl- und Gaswirtschaft – das Rückgrat der Entwicklung Algeriens, bfai, 23.3.07

6 Siehe dazu ethische Berichte unter [www.algeria-watch.org/index.html](http://www.algeria-watch.org/index.html), insbesondere vom 23. Oktober 2006. Die Schraube der Repression wird weiter angezogen.



Am 7. April demonstrierten nach unterschiedlichen Angaben zwischen 50.000 und 75.000 Menschen in Los Angeles für uneingeschränkte Rechte der Immigranten, für Papiere und Einbürgerungsmöglichkeiten für die Illegalen, einen vereinfachten Einbürgerungsprozess, Bildung für alle und ein Ende der rassistischen Migrationspolitik und der Politik der Polarisierung. (Quelle: Indymedia LA)

### Entscheidung im „Fall Mumia Abu-Jamal“ rückt näher

Das 3. Bundesberufungsgericht in Philadelphia, USA, hat für den 17. Mai Verteidigung und Staatsanwaltschaft zu einem öffentlichen Anhörungstermin geladen. Damit tritt der seit langen Jahren geführte Kampf für das Leben des zum Tode verurteilten Journalisten Mumia Abu-Jamal und für seine Freiheit in das entscheidende Stadium: Es geht um die Frage, ob der Todeskandidat einen neuen Prozess bekommt oder hingerichtet wird. In der Anhörung, an der Mumia nicht teilnehmen kann, können die beiden Verfahrensparteien ihre bereits eingereichten Anträge mündlich begründen; sie werden dazu von den drei Bundesrichtern detailliert befragt. Der Verteidigung geht es darum, das im Juli 1982 verhängte Todesurteil aufheben zu lassen. Die Staatsanwaltschaft hingegen drängt weiter auf die Hinrichtung. Mit der Entscheidung des Bundesgerichts über die mögliche Wiederaufnahme des Verfahrens ist erst geraume Zeit später zu rechnen. Nach Bekanntgabe des Anhörungstermins begannen Unterstützer Abu-Jamals mit der Mobilisierung für eine Großkundgebung vor dem Gerichtsgebäude in Philadelphia. Die New Yorker Autorenvereinigung hat eine Veranstaltung für den 12. Mai angekündigt. Auch in der BRD werden Solidari-



tätsaktionen stattfinden, ins Auge gefasst wird eine bundesweite Demonstration am 12. Mai in Berlin. (Quelle: Gefangen Info 323)

### Südkurdistan/Nordirak: Türkei droht mit Einmarsch

Das türkische Militär fordert eine Invasion des Nordirak. Das machte vor einigen Tagen der Generalstabschef der Armee, Yasar Buyukanit, in einer Pressekonferenz deutlich. Die militärische Drohung wird nur oberflächlich mit angeblich 3.500 PKK-Kämpfern im Nordirak begründet; sie richtet sich offen gegen die Kurden im Nordirak. Ende 2007 wird über die Stadt Kirkuk eine Volksabstimmung stattfinden, die mehrheitlich von Kurden bewohnt wird. Die kurdische Autonomieregierung beansprucht die Region, in der sich große Öl- und Gasreserven befinden, da es sich um kurdisches Gebiet handelt. Die Türkei wiederum schwingt sich zum Anwalt der kleinen turkmenischen Minderheit in Kirkuk auf. Tatsächlich will das Militär die Stärkung der Autonomie der nordirakischen Kurden verhindern – deshalb droht es mit dem Einmarsch. Kurdische Politik aus dem Irak warnen die Türkei, ein Einmarsch werde als direkte Kriegserklärung gegen den ganzen Irak behandelt.

### A-Sadr-Partei verlässt irakische Regierung

Die Partei des Schiiten-Predigers und Milizenchefs al-Sadr zog ihre sechs Minister aus der irakischen Regierung zurück. Im Parlament will sie mit ihren 32 von 275 Abgeordneten (zunächst) als „Beobachter“ verbleiben. Sie begründet ihren Schritt vor rund 1 Millionen

Menschen in der schiitischen Stadt Nadschaf mit dem Ausbleiben eines Rückzugsplans der Besatzungsarmeen und der Verschlechterung der Lage der Bevölkerung. Die Regierung Maliki wird damit zwar nicht ihre Mehrheit verlieren, aber sie verliert noch stärker an Einfluss, weil es ihr nun nicht mehr gelingt, Kritiker der Besatzung einzubinden. Al-Sadr ist seit langem nicht in der Öffentlichkeit gesehen worden. Regierungsfreundliche US-Medien spekulieren, er halte sich in Iran auf, und streuen Meldungen, Teile der von al-Sadr geführten Al-Mahdi-Armee würden im Iran ausgebildet – Meldungen, die durchaus zum Vorwand militärischer Schläge gegen Iran werden können. Nahrung erhalten die Gerüchte nun aber auch durch die gegenüber der Irak-Besatzung äußerst kritische britische Zeitung „Independent“. Sie berichtete unter Berufung auf Guerilla-Kämpfer über Ausbildungslager in der Nähe von Teheran. (Quelle: www.heise.de)

### „Letzte Chance“

Der IAEO-Chef El Baradei nahm anlässlich seiner Reise nach Jordanien die Forderung nach einer atomwaffenfreie Zone Naher Osten auf. Um Stabilität zu gewährleisten, müsse die Gesamte Region, Iran und Israel eingeschlossen, auf nukleare Waffen verzichten. „Dies ist die letzte Chance, ein Sicherheitssystem für den Nahen Osten zu schaffen, das auf Zusammenarbeit und Vertrauen basiert – und nicht auf dem Besitz von Atomwaffen.“ Noch sei es Zeit, eine Konfrontation im Atomstreit zwischen Iran und dem Westen abzuwenden.

### Polen: Demonstration für die Rechte von Leiharbeitern

Am 19. April wird in Wroclaw eine landesweite Demonstration stattfindet, die die Rechte der Leiharbeiter thematisiert. Die veranstaltenden Organisationen haben in diesen Tagen einen Gesetzentwurf an den Sejm geleitet, der wesentliche Verbesserungen für Leiharbeiter vorsieht, u.a. die Möglichkeit ihre Übernahme von Betrieben, in denen sie gearbeitet haben, und die Einschränkung des Leiharbeiteranteils auf 10% von Belegschaften. Inzwischen gibt es rund 100.000 Leiharbeiter in Polen, auch die großen Konzerne, etwa Volkswagen in Poznan, Electrolux in Siewierz und viele Firmen in Lodz beschäftigen Leiharbeiter. Die Demonstration beginnt bei der Leiharbeitsfirma Impel mit 30.000 Beschäftigten. Die Firma ist u.a. berüchtigt, weil sie Leiharbeiter unterschreiben lässt, dass sie sie auf ihre Arbeitnehmerrechte verzichten. (Quelle: Labournet, Artikel von Norbert Kollenda, 13.4.)

Zusammenstellung: scc

FRANKFURT A.M. 14. 4.07. Fast 2.000 Menschen gingen in Frankfurt unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ gegen Sicherheits- und Überwachungswahn auf die Straße. Sie folgten einem Aufruf des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung und vieler weiterer Unterstützergruppen, darunter FoeBuD, Chaos Computer Club und Humanistische Union. Mit Rufen wie „Freiheit stirbt mit Sicherheit“, „Stoppt den Überwachungswahn“ und „Datensammler sind Verbrecher“ unterstützten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Forderung nach mehr Freiheit statt Sicherheitswahn. Im Anschluss an die Demonstration kündigten die Veranstalter weitere Aktionen gegen die zunehmende Überwachung an. So ist eine Sammelklage gegen die drohende Zwangsprotokollierung von Telefon- und Internet-Kommunikationsdaten in Vorbereitung. <http://wiki.stoppt-die-vorratsdatenspeicherung.de/>



## Bundeswehr darf nicht mehr in Arbeitsamt werben

KÖLN. Nach Auseinandersetzungen mit Bundeswehrgegnern in der Agentur für Arbeit werden die monatlichen Werbeveranstaltungen des Wehrdienstberaters im Berufsinformationszentrum zunächst ausgesetzt. Dies teilte der Leiter der Kölner Arbeitsagentur, Peter Welters am Gründonnerstag schriftlich mit. Damit bleiben dann auch zukünftig Hartz IV-Betroffene verschont, die für die Bundeswehr „leichte Beute“ waren. Das Erwerbslosen Forum Deutschland begrüßte diese Entscheidung und gratulierte der Kölner Initiative. Seit November letzten Jahres kam es immer wieder zu Störungen und Zwischenfällen bei derartigen Veranstaltungen an der Kölner Arbeitsagentur Mitte, mit denen die Bundeswehr versucht, Arbeitslose zu rekrutieren. Die Perspektivlosigkeit am Ausbildungsmarkt und der zunehmende Druck für Erwerbslose seit der mehrfach verschärften Hartz IV-Gesetzgebung lockt die Bundeswehr, dort immer offensiver für den „Job“ des Soldaten zu werben. Für besonderen Unmut unter den Mitarbeitern der Arbeitsagentur sorgte der Einsatz bewaffneter Feldjäger im Berufsinformationszentrum der Arbeitsagentur, die die Bundeswehr am 25. Januar 2007 als Saalschutz vor den Raum ihrer Werbeveranstaltung ohne jegliches Hausrrecht postiert hatte. Unter Druck gerät aber auch die Arge Köln, weil sie unter 25-jährige Arbeitslosengeld-II Empfänger im Rahmen einer sogenannten U25-Maßnahme zur Teilnahme an den Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr verpflichtet. [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)

## Gemeinsam gegen Hartz IV und wachsende Kinderarmut

BERLIN. Mit Montagsdemos in 28 Städten hat Anfang April die Kampagne [Gegen-Armut-2007] stattgefunden. Dabei gab es verschiedene Aktivitäten gegen Kinderarmut, für eine Erhöhung des Regelsatzes des Arbeitslosengeld II

und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Diese erste Aktionswoche wurde getragen von dem Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) und der Koordinierungsstelle gewerblicher Erwerbslosengruppen (KOS) und unterstützt die Kampagne „Reiches Land – Arme Kinder“, die von den gewerblichen Erwerbslosengruppen initiiert wurde. Eine 2. Aktionswoche soll vom 21. bis 25. Mai stattfinden. [www.gegen-armut-2007.de](http://www.gegen-armut-2007.de)

## 1000 Beschäftigte demonstrierten in Kiel „Soziale Arbeit ist mehr wert!“

KIEL. Etwa 1.000 Beschäftigte aus sozialen Einrichtungen wie Kitas, Jugend-, Alten- und Behinderteneinrichtungen, Beratungsstellen usw. gingen am 24. März 2007 in einer kämpferischen Demonstration in Kiel auf die Straße. Die KollegInnen von der AWO, dem DRK, der Lebenshilfe und weiteren Arbeitgebern der sozialen Arbeit waren aus dem ganzen Land zu dieser zentralen Verdiodemonstration angereist. Der Hintergrund: Zur Zeit finden Verhandlungen über einen Tarifvertrag Soziales für Schleswig-Holstein mit der AWO, dem DRK, dem Kommunalen Arbeitgeberverband und weiteren statt. Für verdi geht es dabei zum einen darum, der tariflichen Zersplitterung etwas entgegenzusetzen und nach dem Ende des Flächentarifvertrages BAT wieder einheitliche Tarifbedingungen in der sozialen Arbeit durchzusetzen. Zum anderen soll dabei das Niveau des TV ÖD erreicht werden. Die Arbeitgeber wollen aber deutlich unter diesem Niveau abschließen. Für ausgegliederte Servicegesellschaften wollen die Arbeitgeber andere – d.h. schlechtere – Bedingungen vereinbaren. Der Unmut über geplante Lohnkürzungen trieb die KollegInnen nun schon zum zweiten Mal auf die Straße. Bereits im Dezember war es zu zwei Demos in Kiel und Lübeck mit insgesamt 800 Beteiligten gekommen. Dies ist besonders bemerkenswert, da die

AWO, das DRK und weitere soziale Einrichtungen bisher nicht gerade zu den gewerkschaftlichen Hochburgen gehörten.

Aus: LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel, (cg). [www.sozialismus-jetzt.de](http://www.sozialismus-jetzt.de)

## Den Jugendarbeitsschutz sichern und weiterentwickeln!

Mit einer Petition hat sich die Gesamtjugend- und Ausbildungsvertretung des Daimler-Chrysler-Konzerns an die Bundes- und LandespolitikerInnen aller Parteien gewandt. Die JAVies protestieren gegen alle Pläne zur Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und fordern stattdessen einen konsequenten Ausbau der sozialen Schutzrechte von Jugendlichen am Arbeitsplatz. In der Petition vom 8. April 2007 heißt es: „Als Eckpunkte eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes fordern wir:

- eine Ausdehnung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf alle Auszubildenden unter 25 Jahre,
- die Einschränkung von Ausnahmeregelungen in Fragen der Arbeitszeiten,
- eine Ausweitung der Beschäftigungsverbote,
- keine Ausbildung nach dem Berufsschulunterricht,
- eine Erhöhung des bezahlten Erholungsurlaubs auf 30 Arbeitstage für alle,
- die Verbesserung der Überwaltungsmöglichkeiten des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

Wir fordern hiermit alle politischen Parteien auf Länder- und Bundesebene auf, sich aktiv für den Erhalt und Ausbau des Jugendarbeitsschutzgesetzes einzusetzen. Insbesondere fordern wir die Landesregierungen auf, sich innerhalb der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu diesem Thema gegen Verschlechterungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes einzusetzen und entsprechende Beschlüsse der Landtage herbeizuführen. Wir werden einer Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht tatenlos zusehen!“ [www.berufsschultour.de](http://www.berufsschultour.de)

## Schikane für internationale Studierende

BONN. Seit diesem Sommersemester müssen alle Studierenden an der Universität Bonn 500 Euro Studiengebühren bezahlen. Jetzt haben sich Rektorat und Verwaltung noch eine zusätzliche Schikane für ihre internationalen Studierenden einfallen lassen. Neben dem Sozialbeitrag von 156,09 Euro, der zusätzlich zu den Studiengebühren erhoben wird, müssen die Studierenden, die nicht aus einem Land der europäischen Union stammen einen Betreuungsbeitrag von 150 Euro pro Semester bezahlen. De facto zahlen sie also pro Semester über 800 Euro, von Lebensunter-

haltskosten abgesehen. In Folge dessen sank der Anteil der internationalen Studierenden zum Sommersemester um 25%. Das LandesAstenTreffen NRW lehnt Betreuungsgebühren, für internationale Studentinnen und Studenten konsequent ab. und fordert die Universität Bonn auf die Betreuungsbeiträge, sowie übrige Studiengelder, wieder abzuschaffen und sich gegen eine menschenverachtende Hochschulpolitik zu stellen.

[www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de)

## Integrationspolitik muss Beachtung von Kinderrechten beinhalten!

BERLIN. Auch 15 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) werden die Rechte von Flüchtlingskindern in Deutschland weiterhin verletzt. Aus diesem Anlass fordert die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL Bundeskanzlerin Merkel in einem offenen Brief auf, sich entschieden dafür einzusetzen, dass die deutsche Vorbehaltserklärung zur KRK zurückgenommen wird. Die Erklärung ermöglicht eine unterschiedliche Behandlung von ausländischen und inländischen Kindern. Der aktuelle Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung von EU-Richtlinien im Zuwanderungsgesetz sei eine gute Gelegenheit, den Vorrang des Kindeswohls zu verankern. Der PRO ASYL-Vorsitzende Dr. Jürgen Micksch und das Vorstandsmitglied Heiko Kauffmann weisen in ihrem Schreiben auf die paradoxe Erfahrung hin, dass sich die Lage der Flüchtlingskinder seit der Ratifizierung stetig verschlechtert habe und der jetzige Gesetzentwurf zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes dieselbe Tendenz fortsetze. So sollen z.B. minderjährige Flüchtlinge künftig die Beweislast für den Nachweis ihres Alters selbst tragen.

Ausgrenzungserfahrungen, die jugendliche Flüchtlinge in Schule, Studium sowie beim Zugang zum Arbeitsmarkt als Resultat gesetzlicher Vorgaben machen, stünden dem Ziel einer konsequenten Integrationspolitik ebenso im Wege wie ihr oftmals lange ungeklärter ausländerrechtlicher Status.

Befremdet zeigen sich die Unterzeichner des Schreibens über das Verhalten des Bundesinnenministeriums. Bemü-

hungen von PRO ASYL und anderen Menschenrechtsorganisationen um eine Implementierung des Kindeswohls im anstehenden Gesetzentwurf habe man abgetan – als im Widerspruch zu den Bemühungen der Bundesregierung stehend, „einen Beitrag zum Bürokratieabbau zu leisten“. In einem Gesetz, das der Bundesinnenminister im weiteren Gesetzgebungsverfahren schon in der Überschrift mit dem Begriff Integration schmücken wolle, auf den zentralen Begriff des Kindeswohls zu verzichten, sei ignorant. PRO ASYL appelliert an die Bundeskanzlerin, den zentralen Elementen der UN-Kinderrechtskonvention, dem Diskriminierungsverbot und dem Kindeswohlvorrang, für Flüchtlingskinder in Deutschland endgültig Geltung zu verschaffen. [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

## „Marsch der Landlosen“ am 17. April in Berlin

BERLIN. Als Teil der Proteste im Vorfeld des G8-Gipfels veranstalten die Menschenrechtsorganisation FIAN, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die AG Kleinstlandwirtschaft und das Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft am 17. April 2007 in Berlin einen symbolischen „Marsch der Landlosen“. Nach dem Vorbild der Landlosenbewegungen des Südens machen die VeranstalterInnen damit auf Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung und die prekäre Situation von Kleinbauern, -bäuerinnen, bäuerlichen Betrieben und Landlosen weltweit aufmerksam. Obwohl diese auf dem Land leben und Nahrungsmittel produzieren, stellen sie etwa achtzig Prozent der Hungernden dar. Eine Hauptursache ist die neoliberalen Landwirtschaftspolitik, die sich einseitig an den Interessen von transnationalen Konzernen orientiert und zum großen Teil von den Regierungen der G8 vorangetrieben wird. Mit dem Marsch der Landlosen fordern die VeranstalterInnen von dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz (BMELV) und dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) grundsätzliche Veränderungen in der Agrar- und Entwicklungspolitik:

keine weitere Förderung von Markt- und Machtzentration in den Händen weniger Agrarkonzerne, sondern weitgehende Agrarreformen und die Unterstützung von Kleinbauern, -bäuerinnen und bäuerlicher Landwirtschaft weltweit. Der 17. April ist der internationale Aktionstag des weltweiten Kleinbauernetzwerks „La Vía Campesina“. Es setzt sich weltweit für Ernährungssouveränität ein, im Norden wie im Süden. [www.fian.de](http://www.fian.de)

**Mehr als 10.000 demonstrierten Ostern 2007 in Fretzdorf, gegen den geplanten Bombenabwurfpunkt „Bomberdrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide.**

[www.freieheide.de](http://www.freieheide.de)



## Ostermarsche: Kein Krieg gegen Iran – Auslandseinsätze beenden – Abrüsten

KASSEL. Zu den über 80 Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradkorsos, Wanderungen und anderen Aktionen im ganzen Land (mehr Veranstaltungen als im Vorjahr) kamen mehrere Zehntausend Menschen. Auch wenn die Freilassung der britischen Soldaten aus dem Iran mit großer Erleichterung aufgenommen wurde, war die Kriegsdrohung gegen den Iran zentrales Thema bei allen Ostermarschen. Kritik wurde hierbei auch an der deutschen Iranpolitik geübt, die sich „nur in der Kosmetik vom harten Kurs der USA“ unterscheide. Die Ostermarschierer wiederholten ihre Forderung an die Bundesregierung, die Marine von der Küste Libanons abzu ziehen. Eine große Rolle spielte auch die Forderung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Das dritte Thema, das bei so gut wie allen Ostermarschen zur Sprache kam, war die Rolle der Bundeswehr und der Auf rüstung hier zu Lande und weltweit. Der Appell aus der Friedensbewegung „Spart endlich an der Rüstung“, der den Kampf gegen die Kriegs- und Interventionspolitik mit dem Kampf gegen die unsoziale neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik verbindet, erfährt immer größere Verbreitung und Akzeptanz in der Bevölkerung. Unter diesen Appell wurden überall Unterschriften gesammelt. Zwischen Empörung und Belustigung schwankte die Reaktion der Ostermarschierer auf die Angriffe von Seiten der bündnisgrünen Parteiführung. Den Vorwurf der Parteivorsitzenden Claudia Roth, die Friedensbewegung lehne das „Militärische“ „einseitig und pauschal“ ab, empfanden die so Gescholtenen als Auszeichnung. Denn genau darum müsse es heute gehen: „Die Probleme dieser Welt, gleichgültig ob in Afghanistan, Irak, Iran, Somalia oder Kongo, können nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden. Es bedarf stattdessen gewaltiger ziviler, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Anstrengungen, die Welt vor dem Abgrund zu bewahren.“

**Quelle: Bundesausschuss Friedensratschlag.**  
[www.uni-kassel.de/fb5/frieden/](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/)



# Ein anderer Haushalt 2007/08 ist möglich – Für

Das gab es noch nie in der Freiburger Kommunalpolitik: CDU/Grüne und Freie Wähler verkündeten gemeinsam ihre Anträge zum Doppelhaushalt 2007/08. Sie tragen selbsttredend den Entwurf der Verwaltung gemeinsam, u.a. mit der 20%igen Erhöhung der Grundsteuer und

der Ablehnung jeglicher Erhöhung der Gewerbesteuer und sie fordern darüber hinaus gemeinsam die Schließung des Adelhauser-Museums, des Museums für Stadtgeschichte, Mehreinnahmen bei den städtischen Wohnungen durch massive Mietsteigerungen, zusätz-

licher Stellenabbau im Sozial- und im Kulturamt, weitere Einschnitte beim Theater und sie drohen mit der Schließung des E-Werkes nach Ablauf des Mietvertrages 2008. Eine solche Blockbildung ist neu und war bisher in der kommunalpolitischen Debatte Freiburgs unüblich.

## Schwarz-Grün entmachtet Gemeinderat

Die südwestdeutsche Ratsverfassung kennt weder Regierungsparteien noch Opposition, sie setzt auf die Debatte und Entscheidung im Gemeinderat mit jeweils unterschiedlichen von der Sache her entwickelten Mehrheiten. Schwarz/Grün unter Salomon/Neideck macht damit Schluss. Bereits lange vor der Gemeinderatssitzung soll klar sein, was

entschieden werden wird. Die Entscheidungen werden von der Lokalredaktion der BZ verkündet, der Entscheidung im Gemeinderat kommt dann noch die Funktion der notariellen Beurkundung zu. Was Schwarz/Grün veranstaltet, zeigt nicht nur die politische Entwicklung der Freiburger Grünen ins konservative Lager, wobei sie oft die CDU/Freien Wähler noch in ihren unsozialen

Maßnahmen übertreffen, sondern ist auch zum Schaden der kommunalen Demokratie. Wenn nicht mehr um die richtigen Entscheidungen im Gemeinderat eine Debatte mit prinzipiell offenem Ausgang geführt wird, dann verliert die Demokratie vollends an Glaubwürdigkeit, mit fatalen Folgen. Es war während der zweiten Lesung zum Doppelhaushalt 2005/06 eine denkwürdige

Stunde, als entgegen allen Erwartungen der Antrag der UL auf eine erstmalige Bezuschussung der Straßenschule in Höhe von 10.000 eine Mehrheit fand. Solche „Ausrutscher“ soll die schwarz/grüne Blockbildung ausschließen.

## Schwarz-Grüne Defizitlüge

Begründet wurden die Anträge von der Fraktionsvorsitzenden damit, dass es weiterhin ein „strukturelles Defizit“ von 30 Mio. gebe. Wie das? Schon letzten Herbst, als Salomon entgegen der für alle überschaubaren Entwicklung seine Zahlen vom drohenden Defizit von 60 Mio. für den nächsten Doppelhaushalt verkündete, hat das niemand so recht geglaubt. Die über 70% Stimmen gegen den Verkauf der Stadtbau waren eine mehr als deutliche Ant-



## Wie mit dem Schuldenberg Politik gemacht wird

Zunächst einige Fakten: 1980 hatte Freiburg 133 Mio. Schulden, die kontinuierlich bis Ende 1990 auf 295 Mio. anwuchsen (umgerechnet in Euro.). Die Stadt war chronisch unterfinanziert, der Bau von neuen Straßen, Straßenbahnenlinien, Schulen ließ sich durch die vorhandenen Einnahmen nicht finanzieren. Dazu kamen Großprojekte wie das Konzerthaus, das gegen starken Widerstand in der Bevölkerung durchgesetzt wurde und den Schuldenstand weiter ansteigen ließ. Zwei Jahre nach Eröffnung des Konzerthauses, 1998, hatte der Schuldenstand die Rekordhöhe von 330 Mio. erreicht. Der aktuelle

Schuldenstand wird von der Kämmerei mit 335 Mio. Schulden angegeben, wobei aber der Überschuss von 2006 in Höhe von rund 15 Mio. noch nicht in Abzug gebracht wurde.

Die Gemeinde ist verpflichtet, 3% pro Jahr zu tilgen, was derzeit runde 10 Mio. im Jahr ausmacht. Angesichts der zumeist sehr günstigen Kommunalkredite zahlt die Stadt weiter runde 15 Mio. Zinsen im Jahr, macht zusammen 25 Mio. Zins und Tilgung.

### Mogelpackung Masterplan

Bis zum 1.4.2006 sprach niemand in Freiburg davon, dass diese über Jahrzehnte aufgelaufenen Schulden mit einem Schlag getilgt werden sollen. An diesem denkwürdigen Tag verkündeten der OB und sein Finanzbürgermeister den Plan einer totalen Entschuldung durch den Verkauf der Stadtbau und aller städtischen Wohnungen. Auch wenn dieser Plan von über 70% der beim Bürgerentscheid aktiven BürgerInnen eine wohlverdiente und glorreiche Abfuhr erhielt – seit diesem Tag spinnt Schwarz/Grün an diesem Konzept, ungeachtet der schwerwiegenden Folgen, die eine Totalentschuldung auf Kosten der gewachsenen Strukturen der Stadt für die hier lebenden Menschen haben kann.

Der neueste Plan zur Totalentschuldung, großspurig als Masterplan verkündet, stammt aus dem Braintrust des CDU-Stadtrates Udo Harter. „Schuldenfrei in 15 Jahren“ werde man sein, verkündet die CDU-Stadtratsfraktion am 31. März 2007. Man habe „die richtige Antwort auf den Bürgerentscheid“ gefunden, in dem man ab 2009 „städtisches Vermögen im Umfang von 30 Mio. im Jahr verkaufe“. Die Hälfte soll zur Schuldentilgung verwandt werden, also 15 Mio.

Warum ab 2009? Weil dann, nach drei Jahren, der Bürgerentscheid nicht mehr

# eine soziale und kulturelle Stadtentwicklung

wort. Aber jetzt? Die Zahlen liegen vor, der Haushalt 2006 hat mit einem gewaltigen Überschuss abgeschlossen, die 2004/05 gemachten Schulden können zurückbezahlt und es kann damit begonnen werden, neue Rücklagen zu bilden. In 2007/2008 können rund 50 Mio. Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt überführt werden, die Investitionsausgaben erreichen mit pro Jahr runden 50 Mio. den Stand von 2000/2001. Anstatt u.a. durch eine Gewerbesteueranhebung alles dafür zu tun, dass sich die Einnahmen der Stadt über 2009 hinaus auf diesem Level stabilisieren, argumentiert Schwarz/Grün mit den schlechten Zahlen von 2004/05, um die politisch gewollte Streichung kommunaler Leistungen zu begründen. „Wir haben lange über unsere Verhältnisse gelebt“, ist die beliebte Begründung der CDU-Fraktionsvorsitzenden Feierling-Rombach, wobei sie nicht etwa das Konsumverhalten der Wohlhabenden und Reichen meint, sondern die kommunalen Ausgaben. Mit diesen Sprüchen werden Streichungen oder laufende Verteuerungen vor allem für die nicht so wohlhabende Bevölkerung wichtiger Einrichtungen begründet, ganz egal ob die Einnahmen – wie derzeit – sprudeln oder nicht.

## Forderungen der Unabhängigen Listen

Die UL wird in der 2. Lesung vom 24. bis 26.4.07 beantragen, die von der Verwaltung vorgesehene Erhöhung der

**“Das Selbstbild der Stadt Freiburg ist das einer Kulturstadt mit dem Anspruch, sich als Stadt der Künste zu verstehen und weiter zu entwickeln.”**

**Gemeinderatsbeschluss vom 30. 01. 2007**

**KULTUR  
MACHT  
REICH**

Grundsteuer auf 10% zu reduzieren und die Gewerbesteuer ebenfalls um 10% zu erhöhen, wodurch die Stadt Mehreinnahmen von 7,5 Mio. erzielen würde. Wir werden beantragen, die von der Verwaltung vorgesehenen Kürzungen im Sozial- und im Jugendhilfebereich, in der Kultur und im Sport zurückzunehmen.

Wir beantragen zusätzlich 130 Plätze für die Betreuung von Kindern bis drei Jahre, mehr für den Klimaschutz zu investieren mit dem Ausbau des Radwegnetzes und der Wiederaufnahme des Programms Wärmedämmung im Altbau, die bereits begonnenen Aktivitäten für ein Haus der Kulturen in Freiburg zu unterstützen und den vom „Runden Tisch Hartz IV“ geforderten Freiburg-Pass für Singles mit niedrigen Einkünften einzuführen, analog der Leistungen der Familien-Card. Wir wollen für den Kinder- und Jugendtreff Chummy 300.000 in 2007/08. Und wir beantragen den Ausgleichsfonds für freie Kultureinrichtungen im Volumen von 60.000 . wiedereinzurichten, mit dem diese vor allem gestiegene Energiekosten ausgleichen können. Und wir möchten, dass die Bauvorhaben von Sportvereinen besser unterstützt werden und die diversen Streichungen im Rahmen der Sportförderung unterbleiben.

*Michael Moos*

**Michael Moos ist Fraktionsvorsitzender der UL. Die hier dokumentierten Beiträge sind entnommen aus: Extrablatt der Linken Liste /Solidarische Stadt zum Doppelhaushalt 2006/2007.**

gilt. Dann will die CDU Jahr für Jahr den Wohnungsbestand verkaufen, und so den Willen der BürgerInnen unterlaufen. Noch schlimmer aber ist, dass

dieser „Masterplan“ nichts als heiße Luft ist.

## Mehr Geld für Kommunen und nicht für Kapital

Besser wäre es, die CDU würde sich (zusammen mit der SPD) gegen die sog. Unternehmenssteuerreform richten, die die Stadt wieder Millionen kosten kann. Neben kommunalen Fehlentscheidungen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sind es diese Maßnahmen, welche immer wieder zu dramatischen Entwicklungen der öffentlichen Haushalte führen, die kein „Masterplan“ aufhalten kann.

In 2004 und 2005 haben der Stadt rund 55 Mio. gefehlt, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen. Die gesamten Rücklagen mussten aufgebraucht werden, um das Loch zu schließen. Dagegen können 07/08 angesichts steigender Steuereinnahmen runde 50 Mio. aus dem Verwaltungs- in den Ver-

mögenshaushalt überführt werden, um Schulbauten, Straßen, Brücken, Umbau des Augustinermuseums u.a. zu finanzieren.

Die CDU hat angekündigt, dass sie dem Haushaltsplan 2007/08 nur zustimmt, wenn der Gemeinderat ihrem Masterplan zustimmt. Die Grünen werden dies tun, die Freien Wähler auch. Und alle werden dabei wissen, dass dieser Beschluss nach sechs Monaten wieder durch einen neuen Beschluss des Gemeinderates über den Haufen geworfen werden kann und für die weiteren Haushalte 2009 ff. keine Rolle spielt. Würden diese Fraktionen ernsthaft die kommunale Finanzsituation verbessern wollen, dann müssten sie auch von Industrie und Handel den längst fälligen Beitrag zur Haushaltssanierung mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer und einer jährlichen Gewinnentnahme bei der Sparkasse beschließen.

*Michael Moos*

**“Die Stadt Freiburg  
bekennt sich zur  
Sicherung des  
zentralen Bestands  
an kulturellen  
Leistungen,  
Angeboten und  
Einrichtungen.”**

**Gemeinderatsbeschluss vom 30. 01. 2007**

**KULTUR  
MACHT  
REICH**

## Grüne klagen gegen 5%-Hürde

KIEL. APRIL 2007. Ziemlich aufgereggt berichteten die Medien darüber, dass die Grünen in Schleswig-Holstein Verfassungsklage gegen die 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen eingereicht haben. Grund: Die Sperrklausel verletze die Chancengleichheit der Parteien. Die große Koalition von CDU und SPD hatten im November 2006 im Kieler Landtag einen entsprechenden Änderungsantrag zum Kommunalwahlgesetz niedergestimmt; eingebracht hatte ihn die Grünen-Fraktion.

„Die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde ist keine Revolution, sondern ein überfälliger Schritt der Vernunft“, sagte die Vorsitzende des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) im Landtag, Anke Spoerendonk. „Das haben die meisten Bundesländer auch längst erkannt und dieses Fossil abgeschafft.“ Eine Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen gibt es außer in Schleswig-Holstein nur noch im Saarland, in Thüringen, Berlin, Hamburg und Bremen.

Dagegen meinte Klaus-Peter Puls, Innen- und Rechtsexperte der SPD-Fraktion, bereits in der der Beschlussfassung vorhergehenden Parlamentsdebatte am 1. Juni 2006: „Wir halten die Fünfprozentklausel weiterhin nicht nur für geeignet, sondern für erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften sicherzustellen, ... um der Zersplitterung unserer Kommunalparlamente in allzu viele miteinander nicht koalitionsfähige Kleingruppen vorzubeugen, aber auch und nicht zuletzt, um möglichst auf

Dauer unsere kommunale Demokratie vor undemokratischen links- oder rechtsextremistischen Splittertruppen zu schützen.“

Zuvor hatte er – und keiner soll sagen, solche Politiker sprächen nicht hin und wieder die Wahrheit – geäußert: „Alle ... Vorschläge zielen darauf ab, kleinere Parteien zu begünstigen. Ohne den Beratungen ... vorgreifen zu wollen, glaube ich allerdings schon heute erklären zu dürfen, dass die größeren Parteien kaum übermäßig geneigt sein werden, sich durch Wahlrechtsmanipulation selbst zu beschneiden.“ Die Grünen hoffen, dass die nächsten Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein Mai 2008 ohne Fünf-Prozent-Hürde stattfinden, und wollen auch dafür rechtliche Schritte für ein Eilverfahren prüfen.

Landauf landab ist die Stimmung gegen die 5%-Hürde. Bis hinein in CDU-nahe Kreise. Auch FDP und SSW sowie viele Wählergemeinschaften, die sich nach kollektiven Austritten aus CDU und SPD seit dem vergangenen Jahr gebildet haben, sind gegen Fünf-Prozent-Klausel.

Bei den Kommunalwahlen 2003 hatten die Grünen wegen der 5%-Hürde den Einzug in die Kreistage von Dithmarschen und Nordfriesland verpasst. Sie wollten zumindest erreichen, dass die Grenze auf drei Prozent gesenkt wird. Die PDS hatte zu den letzten Kommunalwahlen 2003 bereits eine Klage eingereicht; aus formalen Gründen war das Verfahren aber gescheitert.

Karl-Helmut Lechner

### Soziale Standards einhalten

## Hansestadt befördert Niedriglohnsektor

Laut einer Pressemitteilung der GAL lassen im Auftrag der Hamburger Finanzbehörde alle Dienststellen ihre Postzustellungsaufträge vom Billiganbieter Jurex austragen. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage der GAL ergab, dass Aufträge mit einem Gesamtvolume von 6,8 Mio. Euro durch Jurex abgewickelt werden. Mit einem Durchschnittslohn von 6,94 Euro liegt Jurex um 4,90 Euro unter der niedrigsten Eingruppierung bei der Post AG. Bei einem Vollzeitjob kommt ein Jurex-Bote nach Gewerkschaftsangaben auf 1.159 Euro brutto monatlich, das sind weniger als 900 Euro netto.

Allerdings dürften die wenigsten Zusteller bei Jurex einen Vollzeitjob haben. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hatte im Dezember 2006 eine in Auftrag gegebene Studie über die Folgen der Liberalisierung der Briefdienste vorge stellt, die zu folgenden Ergebnissen kam: Mit der Liberalisierung der Briefdienste ist die Beschäftigung um 10% oder 15.000 Vollzeitkräfte zurückgegan-

gen. Bei den so genannten Lizenzdienstleistern waren 2004 von den 34.400 Beschäftigten 62,3% geringfügig Beschäftigte, ein Anteil, der inzwischen höher ist als in dem traditionell von geringfügiger Beschäftigung geprägten Reinigungsgewerbe (56,3%) oder in der Gastronomie (52,8%). Die Studie stellt fest, dass die Löhne bei den Lizenzdienstleistern als nicht existenzsichernd einzustufen sind, weil sie für Westdeutschland durchschnittlich um 11%, für Ostdeutschland um 16,7% geringer ausfallen als ein Arbeitseinkommen, mit dem sich der Mindestbedarf nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches II decken lässt. Ver.di fordert unter anderem, dass durch Tariftreueklauseln sichergestellt werden muss, dass die öffentliche Hand nur Aufträge an Briefdienstleister vergibt, die soziale Standards einhalten. Dem kann man sich nur anschließen.

Aus: Lokalberichte Hamburg 8/2007

**Erhalt der Steuerfreiheit:** BERLIN. ver.di fordert, die Steuerfreiheit für die Abwasserwirtschaft zu erhalten. „Zahlreiche Gutachten belegen, dass die Verbraucher durch die Erhebung einer Mehrwertsteuer mit Mehrausgaben von bis zu 20 Prozent belastet würden“, sagte das zuständige ver.di-Bundesvorstandsmitglied Erhard Ott. Er befürchtet, dass die Mehrwertsteuer zu mehr Druck auf die Beschäftigten und die Personalkosten führt. Schließlich sei die Modernisierung der Wasserwirtschaft bereits weitestgehend vorangetrieben, erhebliche Effizienzsteigerungen seien darüber hinaus nicht zu erwarten. Die Einführung der Mehrwertsteuer in der Abwasserwirtschaft wird vom Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft, der Bundesregierung und der Europäischen Kommission gefordert. Hintergrund ist die Gleichbehandlung mit der Privatwirtschaft. Dagegen machte Ott deutlich, dass die Wasserwirtschaft gesetzlich verankerte Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben müsse. In den mehr als 13000 Unternehmen der deutschen Wasser- und Abwasserwirtschaft arbeiten rund 100000 Beschäftigte.

[www.verdi-news.de](http://www.verdi-news.de)

**Kostenloses Girokonto bei ALG II:** BOCHUM. Die Linke.PDS-Ratsfraktion fordert von der Stadt und der Sparkasse, endlich in Bochum ein kostenloses Girokonto für ALG-II-Bezieher/innen einzuführen. Einen entsprechenden Antrag hat die Linksfraktion zur nächsten Ratssitzung im April gestellt. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ernst Lange: „Im vergangenen Jahr hat die Sparkasse gute Gewinne gemacht. So sind 4,6 Mio. Euro Gewinnabführung im städtischen Haushalt eingeplant, über 1 Mio. Euro mehr als im letzten Jahr. Dies sind Zahlen, die belegen, dass die Sparkasse finanziell gut aufgestellt ist. Das trifft auf die Bezieher/innen von ALGII sicherlich nicht zu. Für sie stellen die Kontoführungsgebühren eine starke Belastung dar. Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II werden für den Geldverkehr pauschal 50 Cent zu Grunde gelegt. In Bochum belasten aber schon die Grundgebühr und nur drei Überweisungen das Konto mit 3 Euro. Geld, das zum täglichen Leben fehlt. In der heutigen Zeit laufen fast alle Geschäftsbeziehungen wie Miete, Strom oder Telefon bargeldlos ab. Für Menschen, die jeden Euro mehr als einmal umdrehen müssen, ist daher ein Konto, das sie nicht auch noch finanziell belastet, immens wichtig. Mit einem gebührenfreien Girokonto für ALG-II-Bezieher/innen würde die Sparkasse ein positives Signal aussen-

den, und die Kommune als Trägerin der Sparkasse würde ihrer sozialpolitischen Aufgabe gerecht.“ [www.pds-ratsfraktion-bochum.de](http://www.pds-ratsfraktion-bochum.de)

**Erhöhung der Heizkostenpauschale:** NEUSS. Bei den Haushaltsberatungen im Kreistag Neuss beantragte der Abgeordnete der Linkspartei, Bernhard Pickert-Goldenbogen, für die rund 15.000 Bedarfsgemeinschaften, 30.000 Personen, die im Kreisgebiet mit Hartz IV leben, die Heizkostenpauschale für die Empfänger von Leistungen nach SGBII um 25% zu erhöhen. In seiner Haushaltsrede sagte er: „Hartz IV bedeutet im Alltag immer noch Armut und Ausschluss von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auf Seite 17 des Entwurfs zum Haushalt ist zu lesen, dass die Energiekosten um 25% steigen und den Kreishaushalt belasten. Belastet werden aber auch die Haushalte der Bedarfsgemeinschaften. Durch die Abrechnung zum Ende jeder Heizperiode ist gewährleistet, dass nur die tatsächlichen Kosten getragen werden.“

[www.dielinke-nrw.de](http://www.dielinke-nrw.de)

**Faire Übernahme der Mietkosten:** HAMBURG. In einem Antrag an die Bürgerschaft fordert die GAL, die Mietobergrenzen für die Erstattung der Miete für Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV auf das Niveau des Hamburger Mietenspiegels für normalen Wohnraum anzuheben. Weil die maximalen Erstattungsbeträge für den Hamburger Wohnungsmarkt zu niedrig angesetzt sind, werden viele Menschen, die Hartz IV beziehen, aufgefordert, ihre Miete durch einen Umzug zu senken, obwohl billigere Wohnungen in der Regel nicht zu bekommen sind. Denn auf die wenigen freiwerdenden Wohnungen im untersten Preissegment gibt es Bewerber aus allen Bevölkerungsgruppen. „Der Druck, der hier auf die Menschen ausgeübt wird, ist immens und lässt viele verzweifeln. Dabei müsste der Maßstab der Mietübernahme die Realität auf dem Wohnungsmarkt sein und nicht das Wunschdenken des Senats“, sagt die sozialpolitische Sprecherin der GAL-Bürgerschaftsfraktion Martina Gregersen. „Deshalb fordern wir nun eine faire Übernahme der Mietkosten.“ Im Moment liegt zum Beispiel die Hamburger Mietkostenobergrenze für eine 45-Quadratmeter-Wohnung mit 318 Euro um 40,20 Euro unter den im Hamburger Mietenspiegel ausgewiesenen Wohnungskosten für eine durchschnittliche Hamburger Wohnung (normale Wohnlage, Baujahr 1968, mit Bad und Sammelheizung, Betriebskostenanteil 1,70 Euro pro Quadratmeter). Auch für größere Wohnungen liegen die in Hamburg gewährten Obergrenzen deutlich unter den Wohnungskosten

nach dem Mietenspiegel. Zwischen Dezember 2005 und Dezember 2006 sind 6.700 Auforderungen zur Senkung der Mietkosten verschickt worden, jeden Monat kommen rund 400 hinzu. Wegen des Mangels an billigen Wohnungen ziehen jedoch nur sehr wenige tatsächlich um. Die Betroffenen werden jedoch in Angst und Sorge versetzt und geraten finanziell stark unter Druck. Denn häufig zahlen die Betroffenen den nicht erstatteten Mietanteil aus dem Regelsatz – was oft in die Verschuldung führt, da dieser Regelsatz knapp kalkuliert ist und zusätzliche Ausgaben nicht vorgesehen sind. „Viele werden so in die finanzielle Klemme getrieben und weiter abgedrängt“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der GAL-Bürgerschaftsfraktion Gudrun Köncke. Auch die Praxis der ARGE, Kautionsen und Genossenschaftsanteile als Darlehen zu gewähren, mit dessen Rückzahlung sofort begonnen werden muss, steigert die monatliche Belastung der Betroffenen. Die GAL fordert deshalb, dass Kautionsen und Genossenschaftsanteile erst nach Ende des Mietverhältnisses zurückgezahlt werden müssen oder sobald die betroffenen Personen wieder Arbeit und Einkommen haben.

[www.gal-fraktion.de](http://www.gal-fraktion.de)

**Mangel an Erzieherinnen und Erziehern:** FRANKFURT A. M. „Wer die Förder- und Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose und insbesondere Langzeitarbeitslose immer weiter zurückgeschraubt und den kommunalen Beschäftigungssektor immer weiter ausgedünnt hat, braucht sich heute über den Mangel an Fachpersonal nicht zu beklagen“. Mit diesen Worten kommentiert der Stadtverordnete und sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE.WASG im Römer, Hans-Joachim Viehl, die jüngsten Meldungen, wonach der Stadt Frankfurt rund 640 qualifizierte Fachkräfte für die Kinderbetreuung fehlen. Schwarz-Grün wolle zwar die schon vor Jahren von der ehemaligen PDS-Fraktion und nun von der Fraktion DIE LINKE.WASG erhobene Forderung nach Aufstockung des Stellenschlüssels in den Kindergärten endlich umsetzen, bekomme jedoch jetzt die Quittung für die jahrelange Untätigkeit in der kommunalen Arbeitsmarktförderung für sozialpädagogische Berufsfelder. Notwendig sei eine neue Weichenstellung: Die Fraktion DIE LINKE.WASG fordere schon lange ein kommunales Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose im Non-Profit-Bereich, wie z. B. der Kinderbetreuung. Die Arbeit an und mit Menschen müsse in unserer Gesellschaft endlich einen größeren Stellenwert erhalten, so Viehl weiter. Das müsse sich auch in einer deutlich besseren

Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher niederschlagen. Dazu gehört nach Ansicht des sozialpolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE.WASG das – im Gegensatz zur verwaschenen Position der SPD – klare Bekenntnis seiner Partei für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro plus.

[www.dielinke.wasg-im-roemer.de](http://www.dielinke.wasg-im-roemer.de)

**Regionale Kooperation vor Steuerung von oben:** DÜSSELDORF. Für eine stärkere Berücksichtigung regionaler Konzepte in der Landesplanung spricht sich der Städte- und Gemeindebund NRW aus. „Wir akzeptieren die Steuerungsfunktion der Landesplanung insbesondere mit Blick auf die großflächigen Einzelhandelsbetriebe“, sagte der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Ernst Giesen, heute in Düsseldorf im Vorfeld einer Expertenanhörung in der kommenden Woche. „Gemeinsam mit dem Land wollen wir die Einzelhandelsentwicklung konsequent in die städtischen und gemeindlichen Zentren lenken und damit die Innenstädte stärken sowie die Nahversorgung der Bevölkerung für die Zukunft sichern“, betonte Giesen. Derzeit berät der NRW-Landtag über eine Novellierung der landesplanerischen Vorgaben für die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe. Die Städte und Gemeinden könnten die Lenkungsziele jedoch in der Regel mit eigenen Instrumentarien erreichen. In vielen Regionen des Landes arbeiteten die Kommunen vorbildlich zusammen und steuerten die Entwicklung des Einzelhandels über so genannte regionale Einzelhandelskonzepte, so Giesen. Wenn das Land jetzt neue Vorgaben mache, müsse Rücksicht auf diese Formen der regionalen Zusammenarbeit genommen werden. „Die Landesplanung hat die Aufgabe, ruinösen Wettbewerb zwischen Kommunen zu verhindern. Wenn diese sich aber regional verständigen, muss der Steuerungsanspruch der Landesplanung zurücktreten“, machte Giesen deutlich. Eine entsprechende Zurückhaltung bei der Formulierung zentraler Zielvorgaben durch das Land sei letztlich Ausdruck eines modern verstandenen Gegenstromprinzips. In der aktuellen Diskussion um die Einzelhandelssteuerung stimme der Städte- und Gemeindebund NRW den Zielvorstellungen des Landes grundsätzlich zu. Freilich sollte der Gesetzentwurf der Landesregierung um eine Öffnungsklausel ergänzt werden, die Spielraum für regionale Konsenslösungen schafft, ohne die Grundkonzeption des Landes in Frage zu stellen.

[www.kommunen-in-nrw.de](http://www.kommunen-in-nrw.de)  
(Zusammenstellung: ulj)

## GEW Hessen bereitet sich auf Tarif-auseinandersetzungen vor

Seit 2003 verschlechtert sich die soziale Situation der Beschäftigten des Landes Hessen. Mit dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) verabschiedete sich die Landesregierung vom Flächentarifvertrag und verordnete die 42-Stunden-Woche; für die Lehrkräfte bedeutete das die höchste Pflichtstundenzahl seit dem II. Weltkrieg. ... Seit 2004 gibt es in Hessen keine Gehaltsanpassungen an die Preissteigerungsrate mehr – von einer Teilhabe am Wirtschaftswachstum ganz zu schweigen. Nach Gutsherrenart verteilte Einmalzahlungen sind nur Tropfen auf den heißen Stein. ... Die Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer sind letztlich Roland Koch nicht gefolgt und haben mit den Gewerkschaften einen neuen Tarifvertrag (TV-L) vereinbart. Mit diesem Kompromiss wurden die regelmäßige Wochenarbeitszeit auf 38,5 bis max. 40 Std. nach oben begrenzt und schrittweise Gehaltserhöhungen festgelegt – ab 2008 auch in tabellenwirksamer Form (2,9% plus Aufrundung auf volle 5 Euro). Mehrere Bundesländer haben eine entsprechende Übertragung auf die Beamtengehälter beschlossen oder angekündigt. ... Keine Verhandlungen, keine Kompromisse, sondern Diktate von oben, – das ist das Leitbild Roland Kochs. Tarifverträge stören da nur ebenso wie effektive Verhandlungsrechte der Beamten und das Personalvertretungsrecht, das schon mehrfach beschnitten und obendrein in der Praxis ständig unterlaufen wird. ... Unsere Minimalforderungen lauten:

- Rückkehr Hessens in die TDL / Übernahme des Tarifvertrags der Länder (TV-L), d.h. vor allem
- 38,5 bis max. 40 Std. regelmäßige Wochenarbeitszeit (je nach Beschäftigengruppe)
- 2,9% Gehaltserhöhung (+ Aufrundungsbetrag) ab 1.1.2008
- Übertragung der Gehaltserhöhung und Arbeitszeitregelung auf Beamte (d.h. für die Lehrkräfte: eine Pflichtstunde weniger)
- Rücknahme der Kürzungen bei den Sonderzahlungen
- Effektive Verhandlungsrechte der Gewerkschaften für die Arbeitsbedingungen der Beamten und Ausbau der Personalvertretungsrechte (HPVG)
- Statt Etikettenschwindel mit „Unterrichtsgarantie plus“: Aufbau einer Lehrervertretungsreserve durch die Umwandlung von mindestens einer Pflichtstunde in eine Bereitschaftsstunde
- Keine Erhöhung der Lebensarbeitszeit und keine Kürzungen der Pensionen.

*Wir werden keine Ruhe geben! Bildung für eine soziale und humane Gesellschaft.*

GEW PM, 29.3.07

Aus: Frankfurter Info 8/2007

# Der Kampf vor Bayer-Tor 1 war und Es gilt Lehren daraus zu ziehen!

Am Montag, dem 26. März, wurden die Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Tor I des Bayer-Chemie-Parks versammelt hatten, damit konfrontiert, dass dies wahrscheinlich die letzte Aktion dieser Art war.

### Zur Erinnerung:

Seit Oktober 2006 finden sich jeden Montag (mit Ausnahme von Weihnachten, Neujahr und Rosenmontag) mal mehr, mal weniger Beschäftigte des Bayer-Chemieparks in Leverkusen vor dem Tor I zusammen und blockieren die Bundesstraße 8. Damit wehren sie sich gegen die Absichten der Konzernbosse, die Aufspaltung des Bayer-Konzerns weiterzuführen, um sich damit aus der Tarifbindung zu stehlen, um damit die Arbeiter und Angestellten der nun selbstständigen „neuen“ – ehemals zum Konzern gehörenden – Betriebe, wie eben die „Bayer Industry Service“ (BIS) zu Lohnverzicht und Mehrarbeit zu zwingen und den Knüppel der Entlassungen zu schwingen.

Vollkommen richtig ergriffen Betriebsräte der gewerkschaftskritischen „Basisbetriebsräte“ die Initiative zu Aktionen. Diese wurden auch von anderen Betriebsratsgruppen, wie das „Belegschaftsteam“ oder die „Durchschaubaren“ unterstützt. Anfänglich war durchaus auch erkennbar, dass sich die IG BCE – ob aus eigener Erkenntnis oder auf Grund des sichtbar werdenden Drucks der Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Tor 1 versammelten, sei dahin gestellt – ebenfalls den Konzernabsichten entgegenstellte. Aktionen wie eine Mahnwache, der Aufruf zu einer politischen Mittagspause sowie die Organisierung einer Kundgebung mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Standorten des Bayer-Konzerns zeugten davon. Hier war auch erkennbar, dass es durchaus weit über den Rahmen der direkt Betroffenen Möglichkeiten gab, Solidarität zu entwickeln und auch klare Worte zu den Machenschaften der Kapitalseite zu finden, wie es der Kölner DGB-Regionalvorsitzende Wolfgang Uellenberg-van Daven tat.

Allerdings wurde schon in jenen Tagen von vielen Gewerkschaftern kritisiert, dass die Gewerkschaftszentrale zwar über die Aktionen der Leverkusener „schmollte“, jedoch der Gewerkschaftsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied des Chemiekonzerns Hubertus Schmoldt nicht einmal den Weg zu den Kolleginnen und Kollegen fand. In der Folge wurde wie ein schwarzer Faden eine Haltung der IG BCE-Führung bei dieser Auseinandersetzung sichtbar, die dann sogar zu einer – aus der Erfahrung erwachsenen Verärgerung und Enttäuschung – Kampagne des Austritts aus

dieser Gewerkschaft führte. Der vorläufig letzte Punkt dieser Entwicklung war die Meinung des BIS Betriebsratsvorsitzenden Jörg Feldmann am 26. Februar 2007, der „seinem“ Unternehmenschef Klaus Schäfer meinte empfohlen zu müssen, keine Äußerungen in der Öffentlichkeit mehr zu machen, weil sie „keineswegs förderlich für die laufenden Verhandlungen seien“. Das wurde von einem Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär erklärt, dessen Aufgabe eigentlich darin bestände, mehr Informationen von der Kapitalseite zu verlangen und Aussagen der Geschäftsführung zu nutzen, um im Interesse der Kollegen aktiver zu werden. Denn: ein bezeichnendes Merkmal aller Montagstreffen vor dem Tor 1 war: die aktiven Basisbetriebsräte mussten immer wieder erklären, was dass sie nichts Neues wüssten, weil sie keine Informationen bekommen hatten.

Im Folgenden soll versucht werden, eine kleine – und wie sonst – subjektive Einschätzung des nicht nur für Leverkusen, sondern weit darüber hinaus bedeutsamen Kampfes zu geben:

1. Dieser seit Jahrzehnten erstmals langfristig geführte Kampf in Leverkusen kann nicht hoch genug als wichtiger und bleibender Beitrag aktiver Betriebsarbeiter in diesem noch immer als sozial und als „Familie“ bezeichneten Global-Player bewertet werden und wird als solcher auch sowohl in der Geschichte der Arbeiterbewegung als auch der Stadt Leverkusen einen wichtigen Platz einnehmen.

2. Bedeutend war und ist, dass Kollegen aus dem Betrieb – Betriebsräte, Gewerkschafter – nicht mehr bereit waren und sind, widerstandslos alle Maßnahmen der Kapitalseite über sich ergehen zu lassen. Bedeutend war und ist, dass sie sich über Strategien des Kampfes dagegen Gedanken machten und machen – selbst wenn dabei noch keine neuen weiteren Kampfformen zu Tage traten und auch manche Aktion und Haltung hinterfragt werden müsste.

3. Wichtig war und ist, dass mit der Einrichtung eines „Offenen Mikrofons“ – welches bei jeder Montagsdemonstration zur Verfügung stand – die Möglichkeit geschaffen wurde, Gegenöffentlichkeit zu den Positionen der Konzernvertreter und auch von gewerkschaftlichen Vertretern in der Verhandlungskommission herzustellen. (...)

# ist nicht umsonst –

4. Wichtig war auch die Erfahrung, dass trotz dieser von der Gewerkschaftsführung betriebenen Politik an den Montagsdemonstrationen immer wieder Kolleginnen und Kollegen demonstrativ mit IG BCE-Fahnen und roten IG BCE-Mützen auftauchten und somit einen Beitrag zur Ehre der Gewerkschaft leisteten. Dabei handelte es sich nicht nur um Gewerkschaftsmitglieder aus Bayer-Standorten, sondern auch von anderen Chemiefirmen. (...)

5. Auch die Erfahrung, dass sich nicht nur Kolleginnen und Kollegen der Chemiebranche solidarisch zeigten, sondern – zum Teil von weit her angereiste – Kollegen der IG Metall und anderer Gewerkschaften, dass sich Mitglieder von Initiativen gegen Hartz IV beteiligten, wird man beachten und behalten müssen. (...)



6. Besonders muss auch die Bedeutung betont werden, die der von Anfang an vorhandene Schulterschluss zwischen den Montagsdemonstranten vor Tor 1 und der sich gleichfalls in einem Kampf befindlichen Belegschaft des Leverkusener Klinikums, hatte. (...)

7. Ebenso bedeutend war die Tatsache, dass es über den Bereich der Betriebe hinaus von den verschiedensten Seiten mannigfache Aktionen gab, sich nicht nur verbal solidarisch an die Seite der Kolleginnen und Kollegen zustellen – was auch wichtig und motivierend wirkte (wie z. B. die Erklärung des Evangelischen Kirchenkreises Leverkusen oder die Teilnahme der Katholischen Arbeiterbewegung KAB an Aktionen), sondern aktiv den Kampf zu fördern. (...)

8. Wichtige Beiträge zum Erkennen der Situation, in der sich die Arbeiter und Angestellten befinden, leisteten auch politische Gruppierungen und Parteien. Das Auftreten des Stadtrates der Wählergruppe LAUF, Fritz Kunkel, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender des Nahverkehrsunternehmens WUPSI, der Erfahrungen des einjährigen Kampfes bei der WUPSI-Tochter HEB vermittelte, ist hier zu nennen.

Diese überwiegend positive Einschätzung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in dieser Auseinandersetzung vielerlei Probleme auftauchten, die den aktiven Kampf behinderten und behindern. Der ständig hohe Druck, der von Konzernseite und mit verschiedenen Methoden auf die aktiven Kolleginnen und Kollegen im Betrieb ausgeübt wird (man schaue sich nur manche Beiträge auf der Webseite der Basisbetriebsräte an), führt bei diesen natürlich zu mancherlei Frustrationen. Umso höher ist ihr weiteres Engagement zu bewerten.

o Die Frustrationen wurden weiterhin von der Haltung führender IG BCE-Vetreter verstärkt, die diese aktiven, den Interessen der Belegschaft verpflichteten und von ihr „gelöcherten“ Kolleginnen und Kollegen versuchen, am „ausgestreckten Arm verhungern zu lassen“, das heißt, mit ihrer Geheimdiplomatie mit der Geschäftsleitung die Kollegen ins Leere laufen zu lassen.

o Eines der wichtigsten Probleme scheint darin zu bestehen, dass außer der Erkenntnis und wie schon angeführt der hervorragenden Umsetzung in Form der Montagsdemos, bei den aktiven Kolleginnen und Kollegen wenig weitere Vorstellungen bestanden und bestehen, wie der Kampf weiter geführt werden kann. Auch daraus entstanden und entstehen Frustrationen, nicht nur bei den Aktiven, sondern auch bei den Teilnehmern an den Montagsdemos. Denn, wer jeden Montag erfahren muss – wofür natürlich die Basisbetriebsräte nichts können –, dass es dank der „Kuscheleien“ der IG BCE keine neuen Informationen gibt, wird sich nicht zu wundern brauchen, dass die „Lust“ der Teilnehmer, sich dies jede Woche anzuhören, nachlässt. Vorschläge – sicherlich nicht massenhaft –, die von verschiedener Seite gemacht wurden, wurden allerdings auch nicht auf ihre Brauchbarkeit geprüft. So hatte z. B. die Kulturvereinigung Leverkusen e. V. angeboten, mittels Kulturbeträgen den Kampf zu unterstützen, worauf die Reaktion kam, dass man das nicht wünsche.

Fazit des im Oktober 2006 begonnenen Kampfes: (...) Ein wichtiger Beitrag für Handelnde zu lernen, gemeinsam zu kämpfen, solidarisch miteinander umzugehen. Ein wichtiger Beitrag in der Erkenntnis zu dem Weg, der in einem Lied der Arbeiterbewegung, welches unter großem Beifall vor Tor 1 erklang: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht...“

*Manfred Demmer; stellv. Vorsitzender der Kulturvereinigung Leverkusen e. V.  
(gekürzt) Aus: Lokalberichte Köln 8/2007*

**DIHK fordert „nachhaltigere“ Tarifabeschlüsse.** FAZ, Mo.

2.4.07. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag kommentiert die einjährige Laufzeit des jüngsten Tarifabeschlusses im Baugewerbe negativ. Der Präsident L.-G. Braun ruft die Tarifparteien zum Abschluss mehrjähriger Tarifvereinbarungen auf. Gewerkschaftspolitik müsse „viel nachhaltiger sein“. Er könne nicht verstehen, „dass bei den Gewerkschaften so kurzfristig gedacht wird wie bei amerikanischen Investmentbankern“. Langfristige Vereinbarungen – etwa über drei Jahre – brächten gemeinsame Perspektiven für mehr Beschäftigung.

**Arbeitgeberpräsident entsetzt sich über neue Förderprogramme der BA.** FAZ, Di.

3.4.07. Entsetzt äußerte sich BDA-Präsident D. Hundt darüber, dass die Regierung neue Förderprogramme plante etwa für 100 000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt und nach ortsüblichem Lohn bezahlt werden sollen. Durch diese Lohnsubvention erscheine vielen Erwerbslosen die Teilnahme an künstlichen Beschäftigungsprogrammen attraktiver als die Aufnahme regulärer Arbeit.

**Begriff „Generation Praktikum“ wird von BDA angegriffen.** FAZ, Fr. 13.4.07.

Der DGB hatte im Februar eine Umfrage unter ca. 500 Hochschul-Absolventinnen und -Absolventen veröffentlicht, wonach diese regelrechte Praktikumskarrieren durchliefen. Der DGB forderte eine gesetzliche Regelung für Praktika, wonach sie als Lernverhältnis definiert, Existenz sichernd vergütet und auf drei Monate begrenzt werden sollten. Nun gibt es eine Gegenstudie des HIS (Hochschul-Informations-System), die zwar eine Zunahme von Praktika in bestimmten Bereichen zugesteht, dass es sich jedoch „um kein Massenphänomen handle.“ Außerdem hätten die meisten Befragten ihr Praktikum positiv eingestuft. Scharfe Kritik an den Gewerkschaften äußerte Arbeitgeberpräsident D. Hundt. Es dränge sich der Verdacht auf, dass die Panikmache nur als Vorwand genutzt werde, für unnötige neue Regulierungen.

**Handwerk arbeitet stärker grenzüberschreitend.** FAZ, Sa.

14.4.07. Der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, H.-E. Schleyer gab bekannt, dass 60 000 Handwerksbetriebe in Deutschland grenzüberschreitend arbeiteten. Er rechne fest damit, dass sich diese Zahl in zehn Jahren verdoppelt habe. Deutsche Handwerker punkteten gegenüber der Konkurrenz mit Qualität, Schnelligkeit und Zuverlässigkeit. Eindringlich forderte er den Abbau von Bürokratie.

Presseauswertung: rst

An der **Urabstimmung** der Linken.PDS haben sich nach dem aktuellen Stand bisher ca. 30 bis 40% der Mitglieder beteiligt. Im Internet ist der aktuelle Stand nach Landesverbänden zu sehen.

**Schlechter verspäteter April-Scherz der SPD.** Für einen immerhin fast 14 Tage verspäteten April-Scherz hält die Fraktion Die Linke./DKP/AUF im Rat der Stadt Essen den Vorstoß der SPD-Landtagsfraktion, im Zuge der Diskussion um Änderungen der Gemeindeordnung eine 3%-Hürde für Kommunalwahlen einzuführen.

Mit diesem Vorschlag will die Landes-SPD das Rad der demokratischen Weiterentwicklung zurückdrehen und fällt damit weit hinter das Urteil des Landesverfassungsgerichts von 1999 gegen die 5%-Hürde zurück.

„Offenkundig geht es der SPD darum, angesichts ihrer sinkenden Umfragewerte mit administrativen Maßnahmen unliebsame Konkurrenz von links auszuschalten“, so Gabriele Giesecke, Sprecherin der Fraktion Die Linke./DKP/AUF. „Sie beschneidet mit ihrem Vorstoß letztlich die Wahlmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler. Es ist ein ausgesprochen schlechter Scherz, wenn die SPD-Landtagsfraktion diese Einschränkung auch noch als Schritt zu ‚mehr Demokratie‘ verkaufen will und positioniert sich in der Diskussion um die Änderung der Gemeindeordnung hier weit Rechts von Schwarz-Gelb.“

Das Landesverfassungsgericht hat 1999 aus guten Gründen die undemokratische 5%-Hürde abgeschafft. Die damalige SPD-geführte Landesregierung unter Wolfgang Clement hatte es daraufhin bewusst unterlassen, neue Hürden aufzubauen. Den Beweis, dass der Abbau dieser Hürden „unstabile Mehrheitsverhältnisse“ geschaffen habe, bleibt die SPD-Landtagsfraktion schuldig. Auf kommunaler Ebene hat es auch vorher schon oft wechselnde Mehrheiten ohne feste Koalitionen gegeben, viele Entscheidungen werden als Sachentscheidungen getroffen.

„Sofern es um den Kampf gegen neofaschistische Parteien wie die NPD geht, muss die Auseinandersetzung mit anderen Mitteln geführt werden, nicht mit der Einschränkung des Wahlrechts“, so Gabriele Giesecke weiter. „Wir brauchen gerade hierfür tatsächlich mehr Demokratie, und nicht weniger. Dabei will auch die schwarz-gelbe Landesregierung die Hürden für ein kommunales Mandat erhöhen. Insbesondere für die Bezirksvertretungen und kleinere Stadträte bedeutet auch die geplante Hürde schon eine Einschränkung.“

### Staatsakt für Deserteure!

Zur Behauptung von Ministerpräsident Oettinger, Hans Filbinger sei kein Nationalsozialist sondern NS-Gegner gewesen, erklären Bernhard Strasdeit für die Linkspartei und Barbara Hoffmann für die WASG in Baden-Württemberg:

Zwei Tage wehnen die Staatsfahnen Baden-Württembergs zu Ehren des verstorbenen Ex-Ministerpräsidenten Hans Filbinger auf Halbmast. Die Trauerfahnen wurden nicht aufgezogen für die 27 000 Deserteure der deutschen Wehrmacht, die im zweiten Weltkrieg nicht mehr den Befehlen Hitlers folgen wollten und die deshalb von Militärrichtern wie Hans Filbinger zum Tode verurteilt wurden. Die Staatstrauer galt einem Marinierichter, der aktiv Hand anlegte, die Herrschaft des Nazi-Regimes zu verlängern.

Am Grabe eines Verstorbenen soll man nur Gutes sagen. Aber man sollte kein falsches Zeugnis geben. Oettinger verhöhnt die Opfer des Nationalsozialismus und er beleidigt die Deserteure der Wehrmacht und die Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand, wenn er posthum die Täter zu Nazigegnern erklärt. Wem soviel Trennschärfe fehlt, sollte Baden-Württemberg nicht regieren. Diese Urteile der NS-Blutrichter gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer u.a. sind bis heute nicht aufgehoben. Es ist an der Zeit, den vielen Deserteuren der Wehrmacht ein Denkmal zu setzen und einen Staatsakt zu Ehren des unbekannten Deserteurs zu veranstalten.

*Zusammenstellung: jöd*

Die Autorinnen beider Bücher, die hier vorgestellt werden sollen, sind von Berufs wegen aktiv in der Migrations- und Genderforschung. Beide Bücher sind im vergangenen Herbst erschienen, die Bücher stellen nur einen kleinen Ausschnitt der Befassung mit einem Thema dar, das, wenn überhaupt, dann oft mit etlichen Vorbehalten wahrgenommen wird. „Als wir mit der Forschung begannen, wurde das Thema zwar international bereits umfassend bearbeitet, war aber in Deutschland noch stark tabuisiert und vor allem im akademischen Feld nicht salonfähig.“ (Lutz) Das Anliegen beider Autorinnen ist es, die zahlenmäßig große Masse von vor allem weiblichen Migranten ins Blickfeld zu rücken, die ihren Lebensunterhalt dadurch verdienen, dass sie die unsichtbare Arbeit in und um Privathaushalte herum bewältigen: putzen, waschen, kochen, Kinder betreuen, Alte versorgen, Erledigungen machen. Im Rahmen dieser Forschungen werden unerwartete Zusammenhänge deutlich.

Maria S. Rerrich erwähnt Schätzungen, nach denen im Frühjahr 2000 – also noch vor der EU-Erweiterung 2005 – 7,6% der Privathaushalte in Deutschland regelmäßig eine Haushaltshilfe beschäftigt haben, was 2,9 Mio. Beschäftigungsverhältnissen entspricht, bei weiteren 4% (entspr. 1,2 Mio.) gelegentlich eine Haushaltshilfe in Anspruch genommen würde.<sup>1</sup> Statistisch belastbare Zahlen sind schwer zu erhalten, da „es sich bei den häuslichen Beschäftigten häufig um Frauen mit nicht deutschem Pass und/oder um illegal Beschäftigte handeln dürfte“. Daher tauchen in der Beschäftigungsstatistik noch nicht einmal 40.000 Personen in diesem Segment als uneingeschränkt sozialversicherungspflichtig auf.<sup>2</sup>

Wirklich lesenswert bei Rerrich ist die detaillierte Beschreibung der unterschiedlichen Beweggründe, Lebenssituationen und Bedingungen der privat beschäftigten Frauen. Um analytische Strukturen für die Untersuchung zu gewinnen, teilt sie die Frauen in drei Gruppen ein: die Einheimischen, die Zugewanderten und die Cosmobilden.

„Einheimische“: „Die kaufmännische Angestellte, deren Qualifikation nach zwanzigjähriger Tätigkeit als Hausfrau veraltet ist und die deshalb nur als Putzfrau Arbeit findet, – die Schülerin, die ihr Taschengeld aufbessert, indem sie gegen Bezahlung für die Kinder in der Nachbarschaft babysittet, für ein älteres Paar gelegentlich einkaufen geht und bei einfachen Hausarbeiten hilft, – die Sprechstundenhilfe, die nicht nur in der Praxis ihrer älteren Chefin arbeitet, sondern auch noch ihre Wohnung sauber macht und für diese täglich kocht, ...“

„Zugewanderte“: „Frauen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland ihren ständigen, gesicherten Aufenthalt haben: – die aus Siebenbürgen zugewanderte ältere Chemikerin, die in



# Die ganze Welt zuhause & Vom Weltmarkt in den Privathaushalt

Schwarzarbeit als private Altenbetreuerin tätig ist und dabei auch einige Haushaltstätigkeiten für die von ihr betreuten alten Leute erledigt, – das ukrainische Au-pair-Mädchen, das einen Deutschkurs besucht, um seine Sprachkenntnisse zu verbessern, in einer Familie mit zwei Schulkindern beschäftigt ist und nebenbei noch in anderen Haushalten putzt, – die kroatische Arbeitnehmerin, die hauptberuflich in einer Krankenhauswäsche arbeitet und außerdem in Schwarzarbeit mehrere Haushalte versorgt, deren Bettwäsche sie im Krankenhaus mit wäscht.“

Nicht über Leben und Arbeit dieser beiden Gruppen von Frauen, sondern mit den „Cosmobilen“ befasst sich das hier beschriebene Buch: Frauen, die weder Einheimische noch richtig Zugewanderte sind und die in „Transmigrantinnen“ und „Illegalen“ unterteilt werden.

„Transmigration bedeutet ... eine Lebensführung, die sich zwischen zwei Ländern zugleich abspielt“, diese Frauen fahren in bestimmten Zeitabständen zwischen Deutschland und ihrem Heimatland hin und her und verdienen ihren Lebensunterhalt durch Putzjobs hier.“ Wer ihnen begegnen will, braucht nur an die Umschlagplätze der Busunternehmen zu gehen.

„Illegal“ Migrantinnen, die in Deutschland lebenden „Sans Papiers“, sitzen auf gepackten Koffern, weil sie jederzeit ausgewiesen werden können.

Rerrich sieht in diesen Frauen prototypische Vertreterinnen eines wenig beachteten Aspekts des Globalisierungsgeschehens, insbesondere in den lokalen ökonomischen Zentren der Weltwirtschaft, Metropolen wie Hamburg, wo sie ihre Felduntersuchungen gemacht hat.<sup>3</sup> Die konkreten Probleme der Cosmobilen sind die gleichen, wie sie alle Migranten haben (Gesundheitsversorgung, Wohnungssituation, Bildungsmöglichkeiten usw.), zusätzlich aber noch solche, wie sie sich aus dem Hin und Her zwischen zwei Zuhäusern ergeben: während der Zeitspanne, in der die polnische Frau in Deutschland putzt, muss die Versorgung z.B. von Kindern im Herkunftsland gesichert sein (die Oma, die Nachbarin, die Schwester oder aber – eine neuere Entwicklung: die dafür nach Polen einreisende Frau aus Rumänien versorgt die Kinder in Polen: eine immer verzweigtere Versorgungskette), das Überbringen von Waren und Geld (was mit etlichen Risiken verbunden ist), das Kontakthalten per Telefon

oder elektronischer Hilfsmittel (Telefon- und Internetläden mit billigen Tarifen). Die Dokumentation vieler Einzelfälle nötigt einem großen Respekt ab, welche Netzwerke hier greifen, wie sich diese Frauen den Dingen stellen und sie bewältigen.



Täglicher Fahrplan; in Deutschland sind die Transmigrantinnen vor allem Frauen aus Osteuropa, dies seit der EU-Erweiterung Anfang 2005 in noch verstärktem Maße.

Die Arbeitsverhältnisse in den Privathaushalten werden von Rerrich ebenfalls sehr detailliert geschildert. Das Spektrum der Arbeitgeber, meistens Frauen, ist dabei wesentlich größer, als man gemeinhin annehmen würde – ihr Verhalten den privat Beschäftigten gegenüber sehr unterschiedlich, auf jeden Fall tariflich oder gesetzlich ungeregelt und damit im Prinzip nur durch das Herstellen einer – asymmetrischen – Win-Win-Situation austariert, trotzdem immer ein Herrschaftsverhältnis.

Mit einem Blick auf die Auswirkungen in den Herkunftsändern, die durch das Abziehen der Frauen hervorgerufen werden, schließt Rerrich ihre Studien<sup>4</sup>, um dann politische bzw. gesellschaftliche Handlungsvorschläge zu machen, um sowohl die Situation der Frauen zu verbessern, als auch den Bereich des privaten Haushalts aus der Unsichtbarkeit herauszuholen.

Helma Lutz liefert in ihrem Buch „Vom Weltmarkt in den Privathaushalt“ Ergebnisse einer Studie<sup>5</sup>, die über Rerrichs Schrift hinaus sehr detailliert auf die verschiedenen Aspekte der „Transna-

tionalen Dienstleistungen“ – also nicht nur auf die Cosmobilen – eingeht und dabei mit einem hohen wissenschaftlichen Anspruch unerhört viele Fakten zu einer handhabbaren Verortung des „modernen Dienstmädchen-Problems“ in politische und ökonomische Systeme weltweit zusammenträgt. Lutz legt großen Wert auf die zeitliche Entwicklung dieses Arbeitsmarktes: „Die Situation vor 100 Jahren unterscheidet sich dadurch von der heutigen Situation, dass a) die Frauen mit Ausnahme der Au-Pairs meist nicht als Live-In im Haushalt der ArbeitgeberInnen wohnen, sondern stundenweise oder für Tagesteile beschäftigt werden; b) die ArbeitnehmerInnen besser ausgebildet sind; oft sogar akademische Bildungsabschlüsse besitzen und damit der selbsterteilte bürgerliche Bildungsauftrag ihnen gegenüber hinfällig wird; c) das Lebensalter höher ist; d) sich unter den Migrantinnen viele Mütter befinden, die ihre Kinder im Heimatland zurücklassen (müssen); e) die wichtigste Differenzkategorie zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen nicht die soziale Klasse, sondern die Herkunft, hier als Ethnizität/Nationalität gekennzeichnet ist und f) die mühsam errungenen Professionalisierungserfolge der Vergangenheit durch ein Zurücksein der Haushaltssarbeit in den informellen und illegalen Sektor wieder rückgängig gemacht wurden.“

Mit ihrer Analyse belegt Lutz, dass der wachsende Arbeitsmarkt Privathaushalt eine Tradierung der vergeschlechtlichten Aktivität in Form der Familienarbeit darstellt: „Die Veränderungsresistenz, die sich in der ungleichen Verteilung für die Familienarbeit äußert, ist über den Umweg der identitätsstiftenden Logik des Doing Gender zu verstehen: Die Umverteilung von Haus- und Versorgungsarbeit auf eine andere Frau verbleibt in der tradierten Logik gängiger Identitätsmuster und diese müssen nicht zur Disposition gestellt werden. Das Selbstbild der „guten Mutter“ etwa kann mittels des Rückgriffs auf traditionelle Betreuungsmuster (Amme, Kinderfrau) aufrechterhalten werden, da es die geschlechtsspezifische, segregative Zeichensetzung nicht antastet.“<sup>6</sup>

Insofern passt Lutz' Analyse auch zur aktuellen Diskussion um Familie und Kinderbetreuung, die sich u.a. dadurch auszeichnet, dass eine „säuberliche Trennung“ von „sachbezogenen Haushaltssarbeiten“ und „personenbezogenen Arbeiten“ den tatsächlichen Zu-

sammenhang verschleiert. Einer Ausweitung des Krippenplatzangebots steht ein wachsender Arbeitsmarkt privater Haushaltsskräfte nicht entgegen. Die gesellschaftliche Wirklichkeit kann dann so aussehen, wie sie in dem Film „Paris je t'aime“ in einer der unkommentierten Kurzgeschichten gezeigt wird: eine spanisch sprechende junge Frau (Bild), die ihr Baby in die Krippe bringt, dann quer durch Paris hetzt, um zur Arbeitsstelle im Privathaushalt zu gelangen, wo sie das Baby der Hausherin betreut, welche selbst das Haus für den ganzen Tag verlässt.



[www.cinefacts.de](http://www.cinefacts.de)

Lutz vermeidet eine wohlfeile Verurteilung der „Arbeitgeberinnen“-Seite, um stattdessen eine Analyse der Strukturen, die Steuerungsmechanismen und die gegenseitigen Abhängigkeiten, die „keineswegs symmetrisch“ sind, für diesen Arbeitsmarkt in Deutschland zu liefern. Sie geht davon aus, dass sich Deutsche als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen in kaum einem anderen Bereich so begegnen wie am „Arbeitsort Privathaushalt“. „Ohne die Arbeit der MigrantInnen müssten viele ArbeitgeberInnen ihre Erwerbstätigkeit einschränken, ohne den Verdienst in den Privathaushalten hätten die MigrantInnen keine Einkünfte.“ Es wäre zu wünschen, dass die Ergebnisse ihrer Studie Eingang in die öffentliche Debatte fänden.

#### Kurzer Überblick über den Inhalt von Helma Lutz' Buch

„Die neue Umverteilung“ greift die (feministische) Debatte über die Gleichverteilung von Arbeit auf: die unterschiedliche Bewertung von Erwerbs- und Familienarbeit.

„Der Privathaushalt als Weltmarkt für weiblich Arbeitskräfte“ verortet das Phänomen in der internationalen Debatte über feminisierte Migration und domestic work. Wenn auch keine quantitativen Angaben über das Ausmaß dieser Arbeitsverhältnisse in Deutschland gemacht werden, so zeigen internationale Studien, dass der Rückgriff auf Arbeitskräfte aus Erdteilen, die mit Armut, ökonomischen Katastrophen oder Systemtransformationen zu kämpfen haben, enorm und im Wachsen begriffen ist.

Die „transnationale Lebensführung“ der Migrantinnen ist mit zahlreichen Interviews sowohl mit Betroffenen (in

den Städten Münster, Hamburg, Berlin) als auch mit Vertretern von Organisationen in diesem Bereich vielschichtig beschrieben.

Unter der Fragestellung „Haushaltarbeit – ein ganz normaler Job?“ wird die Tätigkeit, die weit über die physisch anstrengende Putzarbeit hinausgeht, und auch die Professionalisierungsstrategien der Migrantinnen beschrieben.

In Fallgeschichten wird der Frage „Ausbeutungsverhältnis oder Vertrauensgemeinschaft? Beziehungsarbeit im Haushalt“ nachgegangen und der Schluss gezogen: die Legitimation

asymmetrischer Machtverhältnisse verläuft über ethnische und geschlechtsspezifische Begründungsmuster, wobei beide Seiten Grenzziehung betreiben.

Die „transnationale Mutterschaft“ ist für die Migrantinnen eine Kernfrage. In Fallgeschichten werden Erfahrungen und Lösungen dargestellt.

Dem Status des „Illegal-Seins“ widmet Lutz große Aufmerksamkeit: rechtliche Aspekte, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse – auch über die „freiwillige“ Verdierung als Haushaltssarbeiterin hinaus-, Handlungsspielräume der Akteurinnen.

Unter der Fragestellung: „MigrantInnen in der Globalisierungsfalle?“ sieht sie als einzige Möglichkeit, hier etwas in Richtung emanzipatorische Politik zu bewegen, darin, das Problem als Schnittpunkt zwischen dem „Gender-, Migrations- und Wohlfahrtsregime“ anzusiedeln. („Genderregime“: Zusammenhang von Produktions- und Reproduktionsarbeit in seiner vergeschlechtlichten Dimension, verankert und institutionell abgesichert in einem Komplex von Regeln und Normen innerhalb der Gesellschaft; „Migrationsregime“: Leitvorstellungen zur Legitimation der staatlichen Steuerungselemente, die die Beschäftigung im Privathaushalt regulieren; „Wohlfahrtsregime“: die relevante Beziehung zwischen Staat, Markt und Familie und das Zusammenspiel der Akteure). evd

1 Das sozialökonomische Panel 2005 geht sogar von 10,3% aller Haushalte aus (nach Helma Lutz)

2 Anfang 2004 bekam dieses Segment für kurze Zeit ungewohnte Aufmerksamkeit: „Im Rahmen ihrer Kampagne zur Bekämpfung der Schwarzarbeit hatte sich die damalige rot-grüne Bundesregierung vorgenommen, selbige härter zu bestrafen. Dabei waren auch die vielen Putzfrauen der privaten Haushalte auf einmal in den Blick der Medien geraten. .... Wie der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen hatte die Politik massiv an einen „dirty little secret“ des Alltags im deutschen Wohlfahrtsstaat gerührt. .... Schwarzarbeit im Haushalt ist ein nahe liegendes privates Hilfskonstrukt, auf das Menschen in Deutschland zur Bewältigung ihrer hauswirtschaftlichen Probleme im Alltag

zurückgreifen, weil es dazu kaum praktikable Alternativen gibt.

3 Helma Lutz erwähnt ausdrücklich die Untersuchungen von Saskia Sassen, die u.a. für die UN Forschungen über die Bedeutung der Städte im Globalisierungskontext durchgeführt hat: In diesen „Global cities“ (angeführt von London, Paris, Frankfurt und Tokio) wird seit Anfang der 80er Jahre ein erhöhter Bedarf im Bereich der Haushaltarbeit festgestellt. Lutz allerdings hat neben Hamburg und Berlin als deutsche Großstädte auch Münster (280.000 Einwohner) in ihre Untersuchung mit einbezogen und dort dieselbe Tendenz festgestellt – allerdings stärker tabuisiert als in Berlin und Hamburg. A.a.O. stellt Saskia Sassen fest: „In vielen großen Städten, deren Eliten sich selbst als kosmopolitisch, jeden Raum überschreitend, betrachten, gibt es Kulturen, die sich durch Einwanderung verbreitet haben. ... Die Unternehmenskultur eliminiert geringfügige wie gewichtige Unterschiede zwischen den sozio-kulturellen Milieus zu einem einzigen amorphen ‚Anderen‘, das in der Ökonomie keinen Platz hat und von den schlecht bezahlten Jobs einer angeblichen Randökonomie lebt. So lassen sich diese Job und jene, die sie ausführen, stets aufs Neue entwerten.“ Der Zusammenhang zu den noch unsichtbarer Beschäftigten in Privathaushalten liegt auf der Hand. (Zitat aus: „Wirtschaft und Kultur in der Global City: Zur Bedeutung des Ortes, des Raumes und der informellen Ökonomie“, Forum Wissenschaft 2/95)

4 „Von den Philippinen wissen wir beispielsweise, dass zurzeit mehrere Millionen Frauen in häuslichen Diensten weltweit unterwegs sind.“ (Rerrich) Nach Lutz ist der Export an Haushaltshilfen dort inzwischen der wichtigste Devisenbringer. In vielen Herkunftsändern sind die Auswirkungen des Fehlens der Frauen für die eigene Wirtschaftsentwicklung und Versorgung drastisch („brain drain“ und „care drain“) – Austrocknung aufgrund des Weganges von Menschen, die ihr intellektuelles und versorgerisches Kapital in anderen Ländern einsetzen).

5 Das Buch ist Ergebnis einer empirischen Studie, die in den Jahren 2001 bis 2005 durchgeführt und von der Volkswagenstiftung finanziert wurde. Drei zentrale Fragenkomplexe waren Ausgangspunkt der Untersuchung:

1. Kommunikation, Selbst- und Fremdwahrnehmung; 2. Arbeitsidentität; 3. Netzwerkbildung und transnationale Lebensführung

6 „Hilfreich für die Analyse ist auch der Ansatz Pierre Bourdieus, der in der ‚Männlichen Herrschaft‘ (2005) das Doing Gender als Verwandlung von einer physischen in eine symbolische Ordnung analysiert. In und über die Sozialisation im Haushalt erfolgt, so Bourdieu, der Erwerb eines vergeschlechtlichten und vergeschlechtlichtenden Habitus, der die Somatisierung des Kulturellen als Konstruktion des Unbewussten bewirkt und festschreibt.“ (Fußnote bei Lutz)

#### Literatur:

Maria S. Rerrich: Die ganze Welt zuhause, Cosmobile Putzfrauen in privaten Haushalten, Hamburger Edition, ISBN 978-3-936096-67-5

Helma Lutz: Vom Weltmarkt in den Privathaushalt, Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung, Budrich, ISBN: 3866490119

Saskia Sassen (Hrsg.): Global Networks, Linked Cities, Routledge New York, London, ISBN 0-415-93162-2, (nur in Englisch zu bekommen)

Bourdieu: Die männliche Herrschaft, Suhrkamp Frankfurt a.M. (2005)

Alt, Jörg: Leben in der Schattenwelt. (2005), Problemkomplex „illegal“ Migration, von Loepel Literaturverlag, Karlsruhe 2003

# Schulgeschichten

Fast alle Faktoren, die für das gesellschaftliche Werk der Heranbildung der nachkommenden Generation wichtig sind, stehen aktuell zur Debatte: Was sollen die Eltern tun? Was muss der Staat, die Öffentlichkeit anbieten? Was haben die Betriebe und Verwaltungen zu leisten? Was wird von den jungen Leuten verlangt? Wer kommt für die Kosten auf?

Ein Blick auf geschichtliche Stationen der Entwicklung des Bildungswesens macht deutlich, dass es große Änderungen der sozialen Welt gewesen sind, die den Bildungsprozess auf neue Wege lenkten. Es waren nicht nur tief greifende politische Reformen erforderlich, sondern auch ganz erhebliche Mittel.

## Göttliche Weltordnung / Weltkluge Staatskunst

Die heutigen Einrichtungen des Bildungs-, Schul- und Erziehungswesens entstanden neben dem Familien- und Erwerbsleben und den Institutionen von Staat und Religion. Sie wurden im Lauf der Jahrhunderte für die Heranbildung der nachwachsenden Generationen immer wichtiger. Damit einher ging ein Funktionsverlust vor allem der Familie, die an der Schwelle der Neuzeit für die Bauern und Bürger auch Produktionsgenossenschaft war und für die herrschenden Schichten die tragende politische Institution darstellte. In dieser Struktur wurde der Nachwuchs im Schoße der Familie herangezogen, lernte durch das gute Beispiel und das gesprochene Wort. Die guten Sitten, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleisteten, wurden von der Kirche repräsentiert, die ihren Nachwuchs berieselte und in der Tradition der offenbarten Heilsversprechungen schulte. Das Rechnen war in dieser Zeit einfach: Nehmen und Geben. Persönliche Abgaben und Dienstverpflichtungen auf der einen Seite, Verpflichtung zum Unterhalt und Beistand in Notzeiten auf der anderen. Gehorsam war die Tugend der Untertanen, Freigebigkeit die der Herrschenden. Leistung und Gegenleistung konnten nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Sie waren durch persönliche Treueversprechen legitimiert. In dieser ganz durch persönliche Beziehungen geordneten Welt entwickelte sich langsam das Gespür für die Vorteile gesellschaftlicher Arbeitsteilung, immer häufiger wurde von vornherein für fremde Bedürfnisse produziert. Neben die persönlichen Bindungen der Feudalzeit traten vertragliche Verbindungen von Geschäftspartnern. Handelte

die Theologie von der Gerechtigkeit als Vollzug der gottgewollten Weltordnung, war das Thema der frei geschlossenen Verträge der gegenseitige Vorteil. Die juristische Wissenschaft trennte sich von der Theologie. Zuerst in Italien<sup>1</sup>, dann in den großen Zentren Europas entstanden im 13. Jahrhundert Universitäten mit juristischen Fakultäten, begleitet von scharfen Auseinandersetzungen mit der Kirche, die ihr Deutungsmonopol zu verteidigen suchte.

## Produktion für den Markt und Alltagsleben

War das Marktgeschehen zunächst ein Phänomen des Fernhandels, so rief die neue soziale Technik des Austauschens zum gegenseitigen Vorteil auch neue lokale Wirtschaftsbeziehungen hervor. Es entstanden lokale Märkte und wachsende Bevölkerungsteile wurden in die Kunst des Handels hineingezogen. Da heißt es vergleichen und genau rechnen. Ein Kalb wird verkauft. Salz, Eisenwerkzeug und vielleicht ein Wurf Ferkel soll erstanden werden. Das muss eine Summe in ihre einzelnen Posten zerlegt werden. Diese Anstrengung ist nur sinnvoll, wenn Vertragsfreiheit besteht, wenn die Kontrahenten Ja oder Nein sagen können. Der freie Vertrag verbindet Informierte, die Akteure müssen sich ihre eigene Meinung bilden und dürfen sich auf keinen Fall darauf verlassen, was irgendjemand ihnen vorredet.

## Die Reformation oder: Lesen lernen!

Von diesem Hintergrund entstand die Reformationsbewegung. Die Übersetzung der heiligen Schriften in die Landessprache, in Deutschland durch Luther (1522, bis 1525 bereits 22 autorisierte Auflagen und 110 Nachdrucke, so dass bis zu einem Drittel aller lesekundigen Deutschen dieses Buch besaßen)<sup>2</sup>, nahm der amtlichen Kirche das Deutungsmonopol. Lesen ermöglicht, das eigene Handeln mit Blick auf das gesellschaftliche Wissen einzurichten. Zu dieser Zeit wirkte auch der sprichwörtlich bekannte Rechenmeister Adam Ries, der das Rechnen mit arabischen Zahlen in Deutschland populär machte. Er preist sein Tabellenwerk zur Umrechnung alltäglicher Preise und Maße an: „daß der arme gemeine man ym Brotkauff nicht vbersezt würde“<sup>3</sup>. Rechnen lernen heißt vergleichen lernen, und im Vergleichen steckt die Gleichheit.

## Produktion bleibt großteils traditionell

Obwohl die neuen Interessen eine Vielzahl von Schulen besonders in den Städten hervorbrachten, reichte es zu einem Durchbruch in Richtung allgemeiner Schulpflicht nicht. Denn nach wie vor wurde in der Landwirtschaft und im Handwerk vor allem im Familienverband gearbeitet, die nützlichen Kenntnisse wurden durch Mitmachen und Nachmachen erlernt. In diesem Sektor

der sozialen Welt rechnete man nicht miteinander ab, der Hausherr und die Hausfrau teilten Kindern und Gesinde zu, was ihnen frommte. So produzierte das soziale Leben nebeneinander das Bedürfnis nach allgemeiner Bildung, der Fähigkeit sich in der Welt selbst zurechtfzufinden und der Haltung fraglos frommen Glaubens und Gehorchens.

## 1802: Allgemeine Schulpflicht in Bayern

Die allgemeine Schulpflicht wurden im Herzogtum Bayern seit Ausgang des dreißigjährigen Krieges (1641) immer wieder proklamiert<sup>4</sup>, aber erst 1802, nach der großen bürgerlichen Revolution in Frankreich, durchgesetzt. „Am 23. Dezember 1802 wurde die allgemeine Schulpflicht in Bayern eingeführt. Das betraf die Kinder zwischen dem sechsten und dem zwölften Lebensjahr. Die Eltern mussten für jedes schulpflichtige Kind Schulgeld zahlen, der Schulbesuch der Kinder wurde überwacht. Der erfolgreiche Abschluss der Schulzeit war Voraussetzung für die Aufnahme in eine Handwerkslehre sowie für Heirat und Übernahme eines Gutes.“<sup>5</sup> Auf einen Schlag wird Schulbesuch die Eintrittskarte zum bürgerlichen Leben. Warum ging es nach 250 Jahren des Herumdokters so plötzlich? Warum so streng? Woher kam das Geld?

## Die Schulreform 1802

Die Schulreform von 1802 stand im Zusammenhang mit der Säkularisation der Kirchen- und Klostergüter im selben Zeitraum. Im Unterschied zu adligen Familien, die im Zuge von Krieg und Misswirtschaft untergingen, konnte die Kirche nicht „aussterben“. Was ihr zufiel, blieb in ihren Händen. So waren zum fraglichen Zeitpunkt etwa 70 Prozent<sup>6</sup> der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Herzogtum Bayern Kirchengut. Die Verwertung der Kirchengüter ergab sich aus Vorstellungen vom gottgefällig Guten, das Mehrprodukt ging in den Luxus der Bauten und die Lebensführung, teils auch in „gute Werke“. Eine optimale Verwertung der Güter war nicht das Ziel. Diesen Zustand hatte in Frankreich die große bürgerliche Revolution aufgebrochen, die Wirtschaftskraft, die dadurch freigesetzt wurde, zeigte sich als militärische Schlagkraft in einer Form, die auch Herzöge, Könige und absolute Fürsten verstanden. Sie mussten nachziehen, z.B. mit Entlassung der Bauern aus den Abhängigkeiten der Leibeigenschaft und mit der Ablösung der Kirchengüter (im Gegenzug wurde der Geistlichkeit Unterhalt aus der Staatskasse gewährt). Aus „höri gen“ Bauern wurden freie Bürger, die allgemeine Schule sollte sie zu freiwilligen Untertanen machen. Maximilian Freiherr von Montgelas, Bayerischer Minister und Reformer (1799–1817): „Es ist bewiesen, dass es die krasse Unwissenheit der Bevölkerung und nicht die

vernünftige und dem Stande eines jeden angemessene Bildung ist, die Revolutionen macht und Reiche umstürzt.“<sup>7</sup> So konnte die Kontrolle des neuen Schulwesens der Geistlichkeit übertragen werden, denn obwohl Lesen, Schreiben, Dreisatzrechnung fürs private Leben gelernt wurden, konnte die Sittenlehre obrigkeitsoorientiert und traditionsgebunden bleiben. Die neue Freiheit ließ die freie Verfügung über das Eigentum zu, die Verfügung über das Staatswesen war nicht gemeint.



**Gewerbeschule am Elisabethplatz**

(Entwurf: Stadtbauratmann Theodor Fischer; eröffnet 1902)



**Gewerbeschule an der Pranckhstraße No. 2**

(Entwurf: Stadtbaurat Robert Rehren; eröffnet 1906)

Schulbauten für die berufliche Bildung aus Kerschensteiners Wirkungszeit<sup>11</sup>

### Gewerbefreiheit

Bereits im Laufe des 18. Jahrhunderts weichten Manufakturen die tradierten, auf Basis der Familie organisierten Wirtschaftsformen durch ihre viel größere Produktivität auf. Nach der Besiegung der Leibeigenschaft war das Ende der Zunftwirtschaft unvermeidlich. Gewerbefreiheit hieß das Schlagwort, nicht die Zulassung durch Obrigkeit und Zunftgenossen, sondern Kapitalausstattung, Kredit, Markterfolg wurden für Gründung und Betrieb eines Unternehmens entscheidend. Für die Entwicklung der großen Industrie war das Erfordernis einer besonderen Zulassung durch seine Majestät den König keine große Hürde. So ließ man dem Handwerk und Kleingewerbe sein Zunftwesen bis auch im Königreich Bayern 1868 die Gewerbefreiheit Gesetz wurde.<sup>8</sup> Neue Produktionstechniken erforderten die spezialisierte Arbeitskraft. Wer eines der neuen Gewerbe im Maßstab der Manufaktur oder Fabrik betreiben wollte, musste nicht nur wirtschaften können, es wurde auch Zugang zum Wissen der Zeit erforderlich.

### Berufliche Bildung

Das Fabriksystem verbrauchte Menschen als Anhängsel der Maschine und kam in vielen Funktionen mit ungeüb-

ten, beruflich nicht vorgebildeten Kräften aus. Es entstand jedoch auch ein Bedarf an Arbeitskräften eines neuen Typs, die nach Plan, nach Vorschrift, nach technischen Vorgaben „genau und zuverlässig“ arbeiten. Der „Facharbeiter“ betrat den Schauplatz. Solche Arbeitskräfte entstehen nicht im industriellen Arbeitsprozess mit seiner Einseitigkeit, sie entstehen auf dem Boden der handwerklichen Tradition, aus dem Lernen des Lehrlings vom Gesellen und Meister in unmittelbarer Anschauung. Aber das Arbeiten nach Plan verlangt, dass die Arbeitskraft Einblick in die technisch wissenschaftlichen Grundlagen des Arbeitsprozesses hat. In dieser Situation entwickelte der

Münchner  
Stadt-  
schul-



**Gewerbeschule an der Liebherrstraße No. 13**

(Entwurf: Stadtbaurat Dr. Hans Grässel; eröffnet 1906)

rat Kerschensteiner die pädagogische Lehre von der Arbeitsschule<sup>9</sup>. Das „genaue Arbeiten“ schlägt sich in der Qualität des gefertigten Produkts nieder. Sie kann gemessen werden. Die Schritte der Arbeitsvorbereitung liefern Gelegenheit zur Vermittlung wichtiger technischer Grundkenntnisse. Für die Haltung zur Gesellschaft, die auf diesem Wege anerzogen wird, prägte Kerschensteiner den Begriff der „Sachlichkeit“. Das genaue Arbeiten nach vorgezeichnetem Plan hat einen Bürger im Auge, der sachdienliche Gesetze, Vorschriften und Befehle genau ausführt. Trotz des offen ausgesprochenen Disziplinierungsziels, Menschen, die ihren Arbeitsprozess als geplanten durchschauen lernen, werden auch Neugier auf den Bauplan der Gesellschaft entwickeln. Die massenhafte berufliche Bildung hat zur Entstehung der sozialdemokratischen Massenpartei erheblich beigetragen. Kerschensteiner hatte seine pädagogische Theorie für das ganze Bildungswesen entworfen. Praxis wurde sie im dualen Berufsschulwesen, das unter seiner Leitung in München eingerichtet wurde. Schaut man sich die Gebäude an, die zur Verwirklichung dieser pädagogischen Idee notwendig waren, so sind sie heute noch beeindruckend und teils auch noch in Funktion.<sup>10</sup>

### Die heutige Situation

Inzwischen ist so gut wie allen klar, dass die öffentlichen Einrichtungen des Erziehungs-, Schul- und Bildungswesens neuen sozialen Erfordernissen angepasst werden müssen. Das reicht von der „Kinderkrippe“ und der „partnerschaftlichen Familie“ über die „Ganztagsschule“ bis zum „lebenslangen Lernen“. Der Ruf nach öffentlichen Angeboten entsteht, weil das Leben in der Familie und im Beruf ohne solche begleitenden Leistungen von Einrichtungen der Erziehung, Schule und Bildung nicht entwickelt werden kann. Die Ursache des Wandels liegt in unumkehrbaren Änderungen des Arbeitsprozesses. Von Lohnabhängigen modernen Zuschnitts soll in den Bereichen, die ihnen die Geschäfts- oder Amtsleitung zuweist, Verantwortung übernommen werden, d.h. man erwartet von ihnen ein eigenes fachliches und in diesem Sinne unabhängiges Urteil. Sie müssen dazu eine unabhängige Persönlichkeit entwickeln. Im Schulentwicklungsplan der Stadt München 2004<sup>12</sup> ist, wohl mit Blick auf diese großen Zusammenhänge, das Erziehungsziel der „Mündigkeit als der Fähigkeit, in einer zunehmend unübersichtlicheren Welt ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen und zugleich soziale Verantwortung übernehmen zu können“ benannt worden. Dieses unterstützungswürdige Bildungsziel wird leider auf einer völlig unzureichender Finanzierungsgrundlage ausgerufen.

Martin Fochler

#### Quellen:

- 1 <http://de.wikipedia.org/wiki/Universität#Geschichte>
- 2 [http://de.wikipedia.org/wiki/Martin\\_Luther](http://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Luther)
- 3 [http://de.wikipedia.org/wiki/Adam\\_Ries](http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Ries)
- 4 [http://www.paed1.ewf.uni-erlangen.de/schulmuseum/ka\\_index.htm](http://www.paed1.ewf.uni-erlangen.de/schulmuseum/ka_index.htm)
- 5 <http://www.montgelas-gymnasium.de/portraet.html>
- 6 <http://www.schule.bayern.de/forum/archiv/pdfs/pfaffen.pdf>, Seite 4 und 5
- 7 wie 5
- 8 <http://www.journalistenakademie.de/dossierbeitrag.php?b=68>
- 9 Georg Kerschensteiner: Begriff der Arbeitsschule. In der Reihe Werkinterpretationen pädagogischer Klassiker. Von Philipp Gonon. Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2002, [www.wbg-darmstadt.de](http://www.wbg-darmstadt.de)
- 10 <http://www.lrz-muenchen.de/~scheltenpublikationen/pdf/kerschensteinermoderpaed-schelten.pdf>, Andreas Schelten, Kerschensteiner aus der Sicht moderner Berufspädagogik
- 11 ebd.
- 12 <http://www.muc.kobis.de/schulentwicklung/index.htm>, dort als pdf

Aus: MITLINKS, Zeitschrift der offenen Liste der Linkspartei PDS im Stadtrat – in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik, NR. 18, MÄRZ 2007

# Kreuzottern

Eine Kurzgeschichte von Emil Hruška

Die folgende Kurzgeschichte entnehmen wir, mit freundlicher Genehmigung des Autors, dem Bändchen „My, hoši ze Sudet“ (Wir, Jungs aus den Sudeten).

Die Aufgabe, die wir in diesem Frühling des Jahres 1966 jeden Nachmittag nach der Schule zu erledigen hatten, war klar: eine ganze Papiertüte Huflattich (*Tussilago farfara*) für Heilzwecke zu sammeln und am nächsten Tag mit in die Schule zu bringen. Dort wurden die Pflanzen getrocknet und zur Ablieferung an den Bezirk fertiggemacht.

Die Wettbewerbsbedingungen für die Zwergschulen der Dörfer waren genauso klar und motivierend, und unsere Schulleiterin Pankrácová tat alles dafür, dass uns der ausgesetzte Preis – zehn Bücher für die Schulbibliothek und eine dreitägige Fahrt für drei Personen nach Český Krumlov – nicht durch die Lappen ging.

Die Pankrácová war streng und unachtsichtig und wandte mit Vorliebe körperliche Strafen an. Ließ sich ein Schüler etwas zuschulden kommen, dann setzte es Ohrfeigen und Stockschläge. Erbarmungslos und mit einem verbissenen Ausdruck in ihrem altjüngerlichen Gesicht. Die Kinder hatten Angst vor ihr und versuchten daher, sich beim Sammeln der Heilpflanzen den Rang abzulaufen. Mir ging es genau so! Und erst die anderen Jungen: Rožánek, Hochberger und Diviš – jeder wollte die Nase vorn haben. Ich allerdings hatte meinen geheimen Trumpf, der mir unfehlbar dazu verhalf, immer das meiste anzuschleppen.

Damals erstreckte sich unser Dorf bis fast an die deutsche Grenze. Der uralte Weg brach dann aber so um hundert Meter hinter dem Häuschen des pensionierten Försters Kubíček ab. Dahinter standen nur noch Häuserruinen, in die niemand mehr einzog, und dann kam der Grenzstreifen, zu dem der Zutritt verboten war.

Ruinen – na, eigentlich waren es nur heruntergekommene Lagerräume und hier und da ein dunkler Keller, voll mit Schutt und lauter Gerümpel. In den mit Unkraut überwucherten Ruinen gedieh der Huflattich, wie ich einmal zufällig festgestellt hatte, besonders gut. Ich dachte gar nicht daran, meinen Kameraden diesen Fundort zu verraten.

In der Hoffnung, von der gefürchteten Lehrerin Lob einzuheimsen, wurde ich also zum Egoisten. Und – nach Ausstattung mit der unvermeidlichen Papiertüte – zum potenziell erfolgreichen Huflattichsampler.

Die Ernte ließ sich gut an. Ich machte mich an die Arbeit, und schnell füllte sich die Tüte mit den gelben Blüten.

Der Sammelerfolg versetzte mich in gute Laune, spornte meinen Fleiß an und machte mich unaufmerksam. Ich pflückte, auf den Knien vorwärts rutschend, mal links, mal rechts; doch plötzlich – eine Kreuzotter!

Beinahe hätte ich nach der Giftschlange gefasst, die zusammengerollt dalag und sich in der Sonne wärmte! Es war ein großes Exemplar, und die zick-zackförmig über den Rücken laufenden Streifen glitzerten Unheil verkündend. Vor Schreck wurde mir übel, blitzschnell richtete ich mich auf und beobachtete das gefährliche Reptil. Wird es mich angreifen?

Ohne hinter mich zu blicken, wischte ich langsam zurück. Dann kam mir die Idee, mich doch einmal umzuschauen. Da! Nur einen halben Meter von meinem Fuß entfernt lag noch eine zusammengerollte Otter, offenbar noch größer als die erste! In Panik drehte ich mich auf der Stelle und wäre dabei fast auf eine weitere Schlange getreten. Der Selbsterhaltungstrieb ließ mich zur Salzsäule erstarren, und ich schaute die Tiere unverwandt an. Um mich herum mussten an die zwanzig Kreuzottern liegen. Sie verhielten sich im Augenblick noch ruhig, wärmten sich und nahmen keine Notiz von mir. Ich kam mir vor wie auf einem Minenfeld; nirgendwo konnte ich hintreten, ohne in Todesgefahr zu geraten.

Ich weiß nicht, wie lange ich an dieser Stelle mit der Huflattichtüte in der Hand starr und steif stand, vielleicht eine halbe, vielleicht auch eine ganze Stunde. Dann tauchte auf dem Weg ein Mensch auf. Als er näher kam, erkannte ich ihn. Es war Otto Hornoff, der Sohn des alten Hornoff, der vor dem Krieg Förster gewesen und inzwischen verstorben war. Der Sohn war ein Eigenbrötler, von dem es hieß, er sei ein erfolgreicher Wilddieb, den niemand je zu fassen bekommen habe. Die Kinder hatten Angst vor ihm, die Großen wahrscheinlich auch.

„Was machst du da?“ rief er mir zu. „Ich ... Ich kann nicht weg von hier“, begann ich zu stottern.

„Warum nicht?“

„Kreuzottern... Lauter Kreuzottern sind um mich herum... Bitte, Herr Hornoff, helfen Sie mir!“

Hornoff stand behäbig und breitbeinig da, legte die muskulösen Pranken auf seine Brust und schaute mich an. Und lachte.

Still vor sich hin, aber er lachte. Ich heulte vor Angst, und er lachte.

„Bitte, so helfen Sie mir doch...“

„Du hättest da nicht reinkriechen sollen“, meinte Hornoff. „Da hast du nichts zu suchen, du kleiner tschechischer Hosenscheißer.“

Dabei lachte er nicht mehr, er war völlig ernst, irgendwie verbissen.

Ich schluchzte auf und schwieg. Otto stand ein paar Meter von mir entfernt

und ließ mich nicht aus den Augen. So standen wir uns lange gegenüber, eine ganze Ewigkeit. Dann setzte sich Otto in Bewegung.

Er kam zur Ruine, schlüpfte vorsichtig zwischen den Schlangen durch, ergriff mich, warf mich über die Schulter und trug mich auf den Weg.

„Sieh zu, dass du nach Hause kommst, du Stinker“, sagte er.

Das musste er mir nicht zweimal sagen. Zu dieser Zeit hatte Otto Hornoff bereits die Aufforderung zur Ausreise nach Deutschland erhalten. Am Tag vor seiner Abreise kloppte er an unsere Tür und drückte meinem überraschten Vater die aus Lindenholz geschnitzte Figur eines Rehkitzes in die Hand.

„Das ist für den Jungen, zum Andenken“, sagte Otto. „Und er soll auf sich aufpassen ...“

Danach haben wir Otto nie wiedersehen. Angeblich hat er sich in Bayern niedergelassen, in einem Dorf, das in Luftlinie nur an die fünf Kilometer von unserem Dorf entfernt lag. Er hatte keine Arbeit und schlug sich mit Ziehharmonikaspielen in Kneipen durch. Als Honorar soll ihm ein Getränk und etwas zum Essen ausgereicht haben. Ein paar Jahre später starb er. Es hieß, er habe sich tot gesoffen, aber jemand Klügeres behauptete, das Heimweh sei schuld gewesen, da ihm seine Heimat zum Greifen nahe lag und er doch nicht hin durfte.

(aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten. DTN-Übersetzung: Dr. Hans Lindemann)

Dr. Emil Hruška, geboren 1958 in Mladá Boleslav, wuchs in einem kleinen Dorf nahe der tschechisch-bayerischen Grenze auf. Er studierte Jura und Journalistik und befasst sich seit vielen Jahren mit Geschichte und Gegenwart der deutsch-tschechischen Beziehungen, u.a. als Gründungsmitglied der DTN-Redaktion. Als DTN-Dossier erschien 2003 seine Studie „Sudetendeutsche Kapitel – Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung“. Emil Hruška ist heute in Plzeň zu Hause und arbeitet als Assistent des Europa-Abgeordneten Daniel Strož in Brüssel. Seine Erzählungen „My, hoši ze Sudet“ (Wir, Jungs aus dem Sudetenland) erschienen 2005 bei CZ Books s.r.o., Osadní 26, Praha 7 – Holešovice. Kleinformat 70 Seiten, Festeinband, 120 K, ISBN 80-903515-9-X



**1. Mai-Kundgebungen des DGB.** Motto: „Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit!“

**4. Mai. Weimar.** Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Herausgefordert! Hinausbefördert? Wohnungslose und Wohnungslosenhilfe nach zwei Jahren Hartz-Gesetzgebung. Der Fachtag der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. wird sich mit den z.Zt. erkennbaren Konsequenzen der Hartz-Gesetzgebung in zentralen Bereichen der Wohnungslosenhilfe auseinandersetzen: mit den Hilfen in Wohnungsnotfällen, den Arbeitshilfen und dem Leistungsausschluss für Personen in stationären Einrichtungen.

Anmeldung und nähere Info: [www.bagw.de](http://www.bagw.de)

**19. Mai / 20. Mai. München.** Gruppe Arbeiterstimme „Neue Hoffnungen der Linken?“ Bewegungen in Venezuela, Lage in Kolumbien usw. München, Kulturladen Westend, Ligsalzstr. 44 (Anmeldungen 0911/ 51 80 381 abends)

**21. bis 24. Mai. Sevilla.** Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

**22. Mai. München.** Hauptversammlung des Deutschen Städetags.

**2. Juni. Rostock.** Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe usw. siehe [www.heiligendamm2007.de](http://www.heiligendamm2007.de)

**6. bis 10. Juni. Köln.** 31. Evangelischer Kirchentag

**16. Juni. Berlin.** Gründungsparteitag Die Linke.

**28./29. September.** 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

**30. September bis 6. Oktober. Leipzig.** 2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

**26 bis 28. Oktober. Hamburg.** Programmparteitag der SPD.

**4. bis 10. November. Leipzig.** 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.

**7. bis 9. November. Potsdam.** Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung Soziale Ungleichheiten und Armut

**MÜLL**  
TOPTHEMA  
IM NEUEN  
HEFT

**Giftige Profite für BAYER!**

**STICHWORT**  
**BAYER**

**Widerstand gegen Konzernmacht.**  
**Konkret, spannend, international.**

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf  
Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40  
e-mail: [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com) [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

**KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...**

sind nicht neu, sondern seit langem Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Während in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und sozialen Fortschritts die Hoffnung vorherrschte, dass sich soziale Ungleichheiten im Laufe der Zeit abschwächen würden, sehen wir, dass soziale Spaltungen und Armut in der Gesellschaft zunehmen. Die Bundestagung 2007 soll deshalb in den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, soziale Rechte und Menschenrechte sowie Wohnen und Gesundheit die tatsächlichen Chancen wohnungsloser Menschen zur sozialen Integration untersuchen. Müssen die Ziele sozialer Integration neu definiert werden? Muss der Abbau sozialrechtlicher Ansprüche aus der Perspektive der Menschenrechte grundsätzlich hinterfragt werden? Das sind nur einige der Fragen, die der dreitägige Kongress beantworten möchte.  
Nähtere Info: [www.bagw.de](http://www.bagw.de)

#### Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
<b>2007</b>	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
<b>2008</b>	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
<b>2009</b>	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräs.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>